

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 8482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gepalt. Zeitspalt. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prüll, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3. Fernsprechanstöße 2 28 41 und 2 28 42.

17. Verbandstag.

Der Vorstand beruft, gemäß § 33 des Statuts, den

17. ordentlichen Verbandstag

zum 5. Juli 1931, abends 6 Uhr, nach München in den großen Saal der Städtischen Tonhalle, Türkenstraße 5, ein.

Die vorläufige Tagesordnung lautet:

1. Die Konstituierung des Verbandstages. (Wahl des Büros, der Mandatprüfungskommission und Festlegung der Geschäftsordnung.)
2. Berichterstattung des Vorstandes:
 - a) des Vorsitzenden des Verbandes, Kollegen A. Brey;
 - b) des Bundesleiters des Keram. Bundes, Kollegen S. Grünzel;
 - c) des Hauptkassierers, Kollegen Köhler;
 - d) der Redakteure, Kollegen Prüll und Renninger;
 - e) des Vorsitzenden des Ausschusses, Kollegen Lemenhow.
3. Die Tarif- und Lohnbewegungen im Verbandsgebiet. Berichterstatter: Kollege Großmann.
4. Statutenberatung.
5. Der Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. M. Berichterstatter: Kollege Thiemig.
6. Die Jugendbewegung in unserem Verbandsgebiet. Berichterstatter: Kollege Karl.
7. Die deutsche Wirtschaft im Rahmen der Weltwirtschaft. Reichsarbeitsminister a. D. Dr. h. c. Rudolf Wissell.
8. Arbeitsrecht und Arbeitsgericht im Licht der Rechtsprechung. Kollege Schmidt.
9. Die Agitation unter den Arbeiterinnen. Berichterstatterin: Kollegin Zammerl.
10. Allgemeine Anfrage.
11. Wahlen zum Vorstand, Ausschuss und Wahl des nächsten Verbandstagsortes.

Alle an den Verbandstag zu stellenden Anträge sind spätestens bis zum 15. Mai an den Hauptvorstand einzufenden. Es ist nicht zu empfehlen, Anträge, die bereits von einem Verbandsort gestellt sind, noch einmal durch einen anderen Verbandsort zu unterbreiten.

Nach den Bestimmungen des Statuts, § 33 Abs. 2, können Zahlstellen von 2000 Mitgliedern einen Delegierten wählen. Zahlstellen, in denen mehr als 2000 Mitglieder sind, können nur auf je weitere 2500 Mitglieder einen Delegierten mehr wählen. Kleinere Zahlstellen werden zu Wahlkreisen von 2000 Mitgliedern vereinigt.

Der Wahlkreiseinteilung und Delegierten-zuteilung liegt die Abrechnung vom 4. Quartal 1930 zugrunde. Entsprechend § 33 Abs. 5 des Statuts wird auf je 13 vollgezählte Beiträge ein Mitglied gerechnet.

Der Verbandstag wird wahrscheinlich eine volle Woche für seine Beratungen in Anspruch nehmen. Die Kollegen und Kolleginnen, die als Delegierte gewählt werden, müssen sich daher um Urlaub bemühen, damit kein Delegierter gezwungen ist, vor Schluß des Verbandstages die Heimreise anzutreten.

Wahlordnung.

Die Wahl zum Verbandstag vollzieht sich nach § 34 (Seite 39 des Statuts).

Im nachfolgenden ist ein Auszug aus dieser Wahlordnung gegeben.

Mitachtung der einzelnen Bestimmungen der Wahlordnung kann zu Anfechtungen der vollzogenen Wahlen führen. Es muß somit streng nach den Bestimmungen gewählt werden.

Zahlstellen, die am Tage der Wahl noch nicht acht Wochen bestanden haben, können an der Wahl nicht teilnehmen. Sie haben aber das Recht, Anträge zu stellen.

Es ist unzulässig, daß Kollegen sich in zwei Wahlkreisen um ein Delegiertenmandat bewerben. Ein außerhalb des Wahlkreises wohnender Kollege kann nur dann als Delegierter gewählt werden, wenn in dem Wahlkreise selbst sich kein Kollege um das Mandat bewirbt.

Jeder Ort, dessen räumliche Ausdehnung es erfordert, kann zum Zwecke der Erzielung einer regen Wahlbeteiligung

Wahlkreiseinteilung.

St. Nr.	Orte des Wahlkreises	Anzahl der St.	St. Nr.	Orte des Wahlkreises	Anzahl der St.	St. Nr.	Orte des Wahlkreises	Anzahl der St.
Gau 1.			Gau 4.			Gau 8.		
1	Hannover	4	1	Steffin	1	1	Altenburg	1
2	Braunschweig	1	2	Röslin	1	2	Gera	1
3	Coslar	1	3	Stolz, Lauenburg l. P., Kolberg, Neustettin, Körlin a. P., Labes, Treptow a. R.	1	3	Ilmenau	1
4	Dsnabrück, Lübbecke, Bramsche	1	4	Greifenhagen, Kammin, Dramburg, Falkenburg, Fiddichow, Gollnow, Greifenberg, Hohenkrug-Buchholz, Platze, Pyritz, Lebbin, Stargard, Jarnaglaw, Stolzenburg-Glash., Anklam, Swinemünde, Löcknitz	1	4	Kahlfelde	1
5	Bielefeld, Detmold	1	5	Stralsund, Uckermark, Barth, Greifswald, Jarmen, Wolgast	1	5	Kudofskaf	1
6	Minden, Nienburg	1	6	Friedland, Fürstenberg i. M., Strelitz-Alt, Neustrelitz, Neubrandenburg, Woldegk, Malchin, Waren, Leferow, Plau, Ostrow, Lübz, Schwaa, Stavenhagen	1	6	Schlenkingen	1
7	Cronau, Hameln	1	7	Rositz, Dömitz, Bülow, Wismar, Schwerin, Warin, Warnemünde, Wittenburg, Parchim, Bruel, Doberan, Grabow, Gredemühlen, Goldberg, Hagenow, Lübbtheen, Teltzin	1	7	Sonneberg	2
8	Stadtoldendorf, Hann.-Münden, Osterode	1	Gau 5.			8	Steinach	1
9	Einbeck, Grünplan, Freden, Westerberg, Schildhorst, Groß-Rhüden, Fürstenberg a. d. Weser, Fallersleben, Eißhorn	1	1	Königsberg, Wormditt, Braunsberg, Heilsberg, Bischofsburg, Allenstein	1	9	Blankenberg, Gräfen-thal	1
10	Hildesheim, Celle	1	2	Elbing, Danzig	1	10	Eisenberg, Aluma, Könlitz, Zriptitz	1
11	Mintel, Obernkirchen, Stadthagen, Groß-Hauslingen, Walsrode, Wilsfshävede, Soltau, Ilgen, Lachendorf, Lehrte, Peine	1	3	Lissa, Rastenburg, Insterburg	1	11	Gräfenroda, Pögnitz, Rodach	1
Gau 2.			Gau 6.			12	Jena, Gleicherode, Erfurt, Greußen, Jecha, Rastenberg, Lannroda	1
1	Magdeburg	1	1	Breslau	2	13	Jena, Gleicherode, Erfurt, Greußen, Jecha, Rastenberg, Lannroda	1
2	Vernburg	1	2	Bunzlau	1	14	Kahl, Arnstadt, Blankenhain, Stadtilm	1
3	Bitterfeld	1	3	Weißwasser	3	15	Merseburg, Allstedt, Arnern, Lützen, Wallhausen	1
4	Dessau	1	4	Rauha	1	16	Salzungen, Stadtlangfeld, Treffurt	1
5	Stassfurt	1	5	Liegnitz	1	17	Waltershausen, Breitenstein, Gocka, Heiligenstadt, Mülla, Niedersachswerfen	1
6	Coswig, Cöthen	1	6	Waldenburg	2	1	Nürnberg	2
7	Elbingerode, Halberstadt, Neuhalbensleben	1	7	Wörlich	1	2	Fürth	1
8	Niederleben, Rogätz, Calbe, Genthin	1	8	Hirschberg	1	3	Marktredwitz	1
9	Halle a. d. S., Mühlberg, Mäckenberg, Hesse, Hornburg	1	9	Oppeln, Gleiwitz, Ratibor, Ziegenhals, Tielowitz, Glogau	1	4	Weiden	1
10	Schönebeck, Harzgerode, Heffstedt	1	Gau 7.			5	Nachsaßburg	1
11	Heimstedt, Schöningen, Königslutter	1	1	Dresden	4	6	Regensburg, Amberg, Neumarkt, Weißenberg	1
12	Eilenburg, Lorzgau, Annaburg, Elsterwerda, Falkenberg	1	2	Meißen	2	7	Bayreuth, Warmensteinach, Schwarzbach, Hirschau, Konstein, Rippenberg	1
13	Wittenberg, Bursdorf, Dommitzsch, Herzberg	1	3	Bayern	1	8	Schweinfurt, Lohr, Karlstadt, Bamberg, Ansbach, Rothenburg, Windsheim, Schwabach, Erlangen, Forchheim	1
14	Stendal-Langermünde, Bismark, Burg, Salzwedel, Seehausen, Osterburg, Wustrow, Goldberg, Alße, Loburg, Preßlin	1	4	Regensburg	1	9	Schönwald, Rehau, Oberkochen, Hof, Selb, Selb-Plößberg, Thiersheim	1
Gau 3.			5	Weißenburg	1	10	Waldsassen, Nittendorf, Lichtenreuth, Weisau	1
1	Berlin	3	6	Regensburg	1	11	Tettau, Stöckheim, Käps, Ebersdorf, Stadtfleinach, Windheim, Kronach	1
2	Cottbus	2	7	Regensburg	1	12	Arberg, Hohenberg, Schirnding	1
3	Jehdenick, Oransee, Dranienburg, Freienwalde, Rheinsberg, Neuruppin, Pritzwalk, Perleberg, Prenzlau, Mühlentzsch, Wittenberge	1	8	Regensburg	1	Gau 10.		
4	Brandenburg, Trebbin, Sperenberg, Jossen, Lössin, Baruth, Eberswalde	1	9	Regensburg	1	1	München	2
5	Rathenow, Havelberg, Nauen, Potsdam, Jüterbog, Treuenbriegen, Finow, Käßtin	1	10	Regensburg	1	2	Deggendorf, Landshut, Freising, Moosburg	1
6	Enzen, Welken, Luchow, Schwiebus, Züllichau	1	11	Regensburg	1	3	Altötting, Fleck, Marienstein, Schellenberg, Gmund, Bruckmühl	1
7	Frankfurt a. d. Oder, Oderberg, Angermünde, Herzfelde, Rüdersdorf, Groß-Bessen, Starkow, Müncheberg, Radnitz	1	12	Regensburg	1	4	Straubing, Rosenheim, Lenking, Rainburg, Miesbach	1
8	Sommerfeld, Landsberg, Vordamm, Ansbach, Deutsch-Krone, Flatow, Neuwedell, Schödelanke, Schneidemühl	1	13	Regensburg	1	5	Angsburg, Kempfen, Fürkheim, Oberau, Schrobenhausen, Neuburg	1

in mehrere örtliche Wahlbezirke eingeteilt werden. Für jeden derartigen Bezirk ist ein Wahllokal (nach Möglichkeit ein Nebenzimmer, das nicht dem allgemeinen Wirtschaftsverkehr dient) zu bestimmen und ein aus drei Personen bestehender Wahlvorstand zu ernennen. Als Wahllokale gelten auch Verbandsbüros.

Die Entscheidung darüber, ob ein Ort in mehrere Wahlbezirke eingeteilt werden soll, sowie über die Zahl derselben ist in einer Mitglieder- oder Vertreterversammlung herbeizuführen. Dagegen hat die Bestimmung der Wahlbezirke und Wahllokale selbst sowie die Ernennung der Wahlvorstände durch die Ortsverwaltung zu erfolgen.

Die Einteilung in Wahlbezirke nebst den dazu gehörigen Wahllokalen ist durch die Bevollmächtigten den

Mitgliedern in geeigneter Weise, mindestens jedoch eine Woche vor Stattfinden der Wahl, bekanntzugeben.

Zur Leitung der Wahl ist eine Wahlkommission zu wählen und für jedes Wahllokal ein Listenführer zu ernennen.

Für die Wahlkreise, zu denen mehrere Zahlstellen gehören, ist ein Vorort bestimmt. Diese Vororte sind festgedruckt.

Die Namen der in Vorschlag gebrachten Kandidaten sind dem Bevollmächtigten des Vororts bis zum 26. April mitzuteilen.

Von der Wahlkommission des Vororts ist die Liste der vorgeschlagenen Kandidaten aufzustellen und den Zahlstellen des Vororts sofort zuzusenden.

Die Bekanntgabe der Kandidaten und der Wahllokale kann im „Proletarier“ nicht erfolgen.

Die Wahlen der Delegierten sind Sonntag, den 10. Mai, von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags, vorzunehmen.

Die Wahl erfolgt mit Stimmzetteln und auf Listen, das heißt, die Wähler sind in je eine in den Wahllokalen ausliegende Liste einzutragen.

Das Wahlrecht ist in Person auszuüben. Bei Abgabe des Stimmzettels ist das Mitgliedsbuch vorzuzeigen. Wer länger als acht Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, kann nicht wählen.

Die Wahlkarte wird jedem Mitglied durch Stempelabdruck die Teilnahme an der Wahl bestätigt.

Wahlzettel, die mehr als einen Namen enthalten, sind ungültig. Bei der Wahl entscheidet die einfache Mehrheit; bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

Als Stellvertreter gilt, wer nach den gewählten Delegierten die höchste Stimmenzahl auf sich vereinigt.

Die Wahlkommission jeder Zellsstelle hat nach vollzogener Wahl ein Wahlprotokoll anzufertigen und nebst dem Bevollmächtigten zu unterschreiben.

Die Stimmzettel sind bis zum Schluß des Verbandstages zwecks Erledigung etwaiger Proteste aufzubewahren.

Wir bitten alle Verbandskolleginnen und -kollegen, für eine rege und geordnete Wahlbeteiligung Sorge zu tragen.

Mit kollegialem Gruß

Für den Vorstand: August Brey

Reglement für organisierten Mord.

Das nachfolgende Schriftstück ist aus dem Gau Ruhr der Nationalsozialisten, aus der Zeit, da Dr. Goebbels, Oberleutnant Viktor Luhe, von Pfeffer und Karl Kaufmann in der Gauleitung saßen, in regster Verbindung mit dem bekannten Leutnant Heines.

Grundlegende Anordnung I über Disziplin und Verantwortung.

- 1. Rechtliche Grundlage der Truppe. der Waffengewalt. 2. des Befehlshabers.

Ich bin damit innerhalb der — — — die höchste und einzige Befehlsstelle für militärische Angelegenheiten. Nur die von dieser Stelle gegebenen Befehle sind gültig.

Jeder Angehörige — — — ist zu bedingungslosem Gehorsam in militärischen Dingen verpflichtet.

Befehle werden nicht begründet. Sie sind auszuführen, ohne nach den Beweggründen zu fragen. In sehr vielen Fällen fehlen dem Ausführenden Überblick und Unterlagen.

Wer dieses Vertrauen in seinen Führer nicht hat, hat bei Bekanntgabe dieses sofort auszuscheiden.

Der bedingungslose Gehorsam hat in juristischer Beziehung die Folge, daß jeder, der einen Befehl erhält, nur als ausführendes Werkzeug des Befehlenden anzusehen ist.

Jeder Befehl ist unter allen Umständen auszuführen, und zwar sofort und rücksichtslos und unter Anwendung aller Mittel.

Für den Ausführenden ist die schnellste und gründlichste Ausführung des Befehls oberste Pflicht und erste Rücksicht seines Handelns.

Jeder Befehl ist ohne weiteres die Ausführungsbefehlsbestimmung in sich; erforderlichfalls bis zur Anwendung aller Mittel zu gehen.

Wer seine Pflicht verletzt, gefährdet stets seine Kameraden und eine große, wichtige Sache.

Sobald man zum Waffengebrauch oder Einsatz von Kampfmitteln entschlossen ist, muß dieses auf das ausgiebigste und energischste geschehen.

den Führer. Je überwältigender (und plötzlicher) der Einsatz, desto schneller der Sieg, desto kürzer der Kampf, desto verlustloser die Aktion — und dies letztere sogar fast immer auch für den besiegten Gegner.

11. Wer zur Waffe gegen uns greift, trachtet uns nach dem Leben und führt den Kampf gegen uns (und gegen die Belange des ganzen Volkes) auf Tod und Leben. Im Massenkampf auf Tod und Leben gibt es keinen Anspruch auf Gefangennahme.

12. Über diese „grundlegende Anordnung“ ist täglich Instruktion zu halten.

13. Alle Führer und Unterführer wollen sich bis ins einzelne darüber klar werden, welches Instrument von großer Tragweite das Truppenkommando in ihrer Hand darstellt.

Die russische Handelsvertretung in Berlin weigert sich, einen Wahlvorstand zu bestellen, um die Errichtung der gesetzlichen Betriebsvertretung zu ermöglichen.

Die

russische Handelsvertretung in Berlin weigert sich, einen Wahlvorstand zu bestellen, um die Errichtung der gesetzlichen Betriebsvertretung zu ermöglichen.

KPD.

überall. Sie fordert „alle Macht den Arbeiterräten“, unterdrückt aber die Arbeiterschaft, wo sie kann.

gegen

das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft hat unter kommunistischer Herrschaft wie in Rußland den Mund zu halten, und nur einige gerissene, rücksichtslose Bonzen diktiert.

Betriebsräte.

Die Verfasser dieser Epistel sind mindestens größenwahnsinnig. Sie gebärden sich als die Herren, die Ausgewählten, denen das gewöhnliche Volk zu gehorchen hat.

Selber Ansin nebst Futterkrippenpolitik.

In „Arbeit und Recht“, Nr. 6 vom 7. Februar 1931 (Kampfsorgan der nationalwirtschaftlichen Arbeiterbewegung), kann man zur Betriebsrätemahl folgendes lesen:

„5 Millionen Kameraden der Arbeit darben seit Monaten mit ihren Familien, warten auf Arbeit! — Warten hoffnungsvoll auf Euch.“

Ihr, die Ihr heute noch arbeitet, bedenkt, daß Euch tagtäglich das gleiche Schicksal treffen kann!

Die sozialistisch-gewerkschaftliche Bürokratie, ihre Zwangsjacker-Wirtschaft hat vollkommen versagt, darum gilt es, die Neuordnung unseres Wirtschaftslebens auf nationalwirtschaftlicher Grundlage zu erstreben.

Diese neue Wirtschaftsgestaltung muß von den Urzellen der Wirtschaft, den Urzellen der praktischen Arbeit ausgehen; darum, nationale Arbeiter:

erober! die Betriebe!

Stellt der sozialistisch-gewerkschaftlichen Einheitsfront des Marxismus eine geschlossene Abwehr- und Angriffsfront der nationalwirtschaftlichen Arbeiterschaft gegenüber.

Nur durch Geschlossenheit und einheitliche Zielsetzung gegenüber den Marxisten in den Betrieben wird der Einfluß der gesamten nationalen Arbeiterschaft verstärkt!

Seid im Kampf um die Arbeitsplätze einig, sorgt dafür, daß in allen Betrieben eine Einheitsliste der nationalen Arbeiterschaft aufgestellt wird!

Freiheit! Arbeit! Recht!

Daß die sozialistisch-gewerkschaftliche Bürokratie an der Wirtschaftskrise und an der Arbeitslosigkeit schuld ist, ein solcher Gedanke kann doch unmöglich im Gehirn entstehen.

Die Wirtschaft soll auf nationalwirtschaftlicher Grundlage neu geordnet werden. Wenn diese Neuordnung so klar wird, wie das in diesem Satz enthaltene Denkschloß und der darin enthaltene Sinn, dann kann das eine schöne Wirtschaft geben.

„Seid einig im Kampf um die Arbeitsplätze!“ Diese Leute bekämpfen den Marxismus, schimpfen uns „Materialisten“, und sie selbst? Ganz abgesehen davon, daß sie ja nicht begriffen haben, was unter materialistischer Geschichtsauffassung zu verstehen ist, sind sie das, wofür sie sich halten: Materialisten, insofern, als sie nur noch Materialismus streben

und ihre „Kameraden“ verdrängen. Das nennen die Gelben für „Freiheit und Recht“. Für eine solche Menschheit danken wir.

Frauenfragen.

Abbau der Wohlfahrtspflege?

Von Schwester Lydia Auehland.

Die ganze Welt steht in einer Wirtschaftskrise. Die Wohlfahrtspflege macht keine Ausnahme; auch sie steht im Zeichen einer Krise.

Das Gefühl der Kollektivverantwortung, gewaltig erstarrt während der Jahre nach der politischen Umwälzung, ein scheinbarer finanzieller Wohlstand sowohl der öffentlichen als der Privatwirtschaft bereite den Boden zur Errichtung eines stattlichen Gebäudes von Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik.

Jetzt fühlen wir die Grundfesten dieses stolzen Baues erschüttert — das Gespenst des Abbaus geht um. Wirtschaftskrisen bedingen zwangsläufig auch Wohlfahrtskrisen.

In dieser Zeit des Abbaus erscheint es nicht verwunderlich, daß Gedankengänge eines Nietzsche, eines Malthus wieder auftauchen, von deren Durchführung man sich gewiß Ersparnisse verspricht.

Wem die Wohlfahrtspflege lediglich ein finanzielles Rechenexempel bedeutet, der erblickt z. B. in der Versorgung der Anormalen, der volkswirtschaftlich wertlosen Geisteskranken, eine Verschwendung von Mitteln zuungunsten der noleidenden Geringfügigen und körperlich Vollwertigen.

Die Verfasser dieser Epistel sind mindestens größenwahnsinnig. Sie gebärden sich als die Herren, die Ausgewählten, denen das gewöhnliche Volk zu gehorchen hat.

Dem Gedanken über die Vernichtung Lebensunwerten Lebens steht der Gedanke der Verhütung der Entstehung Lebensunwerten Lebens gegenüber.

Über unsere Verarmung können wir uns nicht mehr hinwegtäuschen. Soviel ist sicher: Ohne Härten wird die Krise in der Wohlfahrtspflege nicht überwunden werden.

Das andere Problem: die Überalterung unseres Volkes, die Notstände zeitigt infolge viel zu frühen Ausscheidens aus dem Arbeitsprozess; auch hier gilt der Grundsatz: Einer für alle, alle für einen.

Das andere Problem: die Überalterung unseres Volkes, die Notstände zeitigt infolge viel zu frühen Ausscheidens aus dem Arbeitsprozess; auch hier gilt der Grundsatz: Einer für alle, alle für einen.

Das andere Problem: die Überalterung unseres Volkes, die Notstände zeitigt infolge viel zu frühen Ausscheidens aus dem Arbeitsprozess; auch hier gilt der Grundsatz: Einer für alle, alle für einen.

Jugendbewegung.

Die Not der erwerbslosen Jugend.

Es ist in letzter Zeit viel von der Not der erwerbslosen Jugend gesprochen und geschrieben worden. Man ging dabei meist von wirtschaftspolitischen Grundfragen aus, die gewiß sehr wesentlich sind. Dennoch trifft man damit nicht den eigentlichen Kern solcher Not. Besondere Beachtung müssen die inneren Grundfragen einer Situation finden, die vom Menschen selbst ausgeht. Hier erwächst auch der erwachsenen Generation eine starke Verpflichtung.

Man stellt sehr oft fest, daß in großer Zahl gerade Jugendliche den heutigen Arbeitsmarkt bevölkern, daß gerade Jugendliche das Heer der Arbeitslosen in besonderem Maße vergrößern. Die bürgerliche Spieghelwelt verbindet damit Gedankengänge von „zu wenig Zucht und Sittlichkeit“, die im heutigen Jugendleben anzutreffen seien, von Erziehung zu Faulheit und Bequemlichkeit, ein Zustand, der nur durch scharfe Disziplin und militärische Zucht auszumergen sei. Sogar viele Arbeiter wissen keinen anderen Weg und verfallen darin der bürgerlichen Ideologie. Das ist gefährlich, auch für die Zukunft der Arbeiterbewegung.

Die Not der erwerbslosen Jugend ist in dieser Zeit nicht zum wenigsten auch eine seelische Not. Beachten wir doch auch einmal mit Nachdruck das, was dem Jugendlichen heute in seinem Berufsleben oft begegnet. Kaum angelernt, ist der junge Handwerker natürlich noch längst nicht im erlernten Handwerk gefestigt. Wenige stehen auf so festen Füßen, daß sie den wichtigsten Anforderungen genügen. Die eigentliche Lehrperiode beginnt ja erst. Der Unternehmer aber braucht bei der Rationalisierung des Wirtschaftslebens und des Produktionsprozesses vollwertige Kräfte. Entweder verfällt der junge Geselle einem üblen Lohndruck, oder er flieht auf die Straße. Dort ist keine Weiterbildung zu erhoffen. Ähnlich ergeht es dem jugendlichen Arbeiter, der sich im Betrieb noch nicht durchzusetzen vermochte. Und das sind Zehntausende.

Nun beginnt das Elend zu Hause. Den Eltern erwachsen in ihrem Leben selbst nicht viele Freuden. Wo die Familie groß ist, sind gewöhnlich auch noch mehr Erwerbslose oder Kurzarbeiter. Allzuoft erkennen die Eltern nicht die wahren sozialen Hintergründe der Arbeitslosigkeit, vor allem auch nicht der ihrer Kinder, die doch so groß, kräftig und arbeitsfähig erscheinen. „Sie wollen nur nicht.“ Dieses Nichtwollen packt sogar viele tatsächlich im Zustand tiefer Resignation. Es wurde vielen so gleichgültig, denn trotz aller Bemühungen gab es keine Arbeit. Und dann beginnen die Konflikte. Der Junge, das Mädchen befinden sich sowieso oft im Gegensatz zu den Eltern: der ewige Zwiespalt zwischen jung und alt. Nun noch dieses. Erbitterung setzt ein, bald von beiden Seiten. So lockert der Kapitalismus auch die besten Familienbände. Und aus dem Konflikt wächst bald die völlige Entfremdung, die völlige Lösung vom Elternhause entweder durch Hinausweisen oder durch freiwilliges Ausscheiden, Auf die Wander-schaft-Weise usw.

Damit aber sind dann ungünstigen Einflüsse der Erziehung Tür und Tor geöffnet. Man beachte, der Jugendliche ist im besten Sinne gemeint — noch kein fertiger Mensch. Er sucht zumeist Anhalt. Nur ein verhältnismäßig geringer Teil findet ihn in der gesunden Jugendbewegung. Und auch dann begleitet ihn nicht immer das Verständnis der Eltern. Doch solche sind meist noch vor den schlimmsten Einwirkungen gefeit. Andere, aber zahllose verfallen den schlimmeren Einflüssen der Straße und der Phrasen. Organisationen nehmen sich ihrer wenig an, höchstens die überradikalere Einstellung von rechts und links, die sie für ihre verderblichen politischen Ziele mißbrauchen wollen.

Im tiefsten Innern aber sind auch viele Jugendliche aus diesen Kreisen gute Menschen, denen nur der richtige Anschluß fehlt, und die nun in der Zeit ungestümsten Entwicklungsalters voller Abenteuerlust für alles zu begeistern sind. Hier muß angepackt werden, will man der wahren Situation gerecht werden. Es ist gut, daß viel geplant ist und getan wird, um den Jugendlichen Arbeit und Brot zu geben. Arbeitsbeschaffung, Berufsschulung in Kursen usw., Weiterbildung bei Arbeitslosigkeit in Berufsschulen und so fort. Dazu aber ist ferner notwendig, den Heimatlosen gute Heimstätten zu schaffen. Ihre Erhaltung ist natürlich eine wichtige Erziehungsaufgabe, denn nicht alle benehmen sich in den Heimen so, wie es der ordnungsliebende Bürger des Staates und der Stadt wünscht. Dazu hilft in erster Linie die Gruppenerziehung.

Weshalb ist es außerordentlich wichtig, daß die ihr bisher fremden Jugendlichen auch der Jugendbewegung oder zumindest ihren Einflüssen zugeführt werden. In vielen Kommunen hat man die erwerbslose Jugend heute schon in Tagesheimen vereinigt, um ihr so einen gewissen Zusammenhalt zu gewähren. Essen, Unterhaltung, Fortbildung in Kursen werden ihr geboten. Damit ist schon eine gewisse Sicherheit gegeben. Sportliche Arbeit und Wandern solltet dabei als gute Erziehungsmittel nicht fehlen. Oft muß man dort gewiß noch soziale Elemente auscheiden. Durch Besprechung solcher Notwendigkeiten im Jugendkreise selbst aber können dabei auch wertvolle Erziehungsgrundsätze gefestigt werden. Und ferner ist wesentlich die Führerfrage.

Hierzu sollte man in erster Linie reifere Jugendliche aus der Jugendbewegung selbst heranziehen. Sie finden zuerst den Weg zum Jugendlichen. Das gegenseitige Verständnis für die beiderseitige Einstellung findet leichter gangbare Wege zum Zusammenkommen. Besser noch ist es, wenn die Jugendlichen vollkommen assimiliert werden können. Ein Weg zu diesem Ziel zeigt sich darin, daß unsere Jugendgruppen selbst die Mitwirkung an solcher Jugendarbeit übernehmen. Arbeiterjugend, Gewerkschaftsjugend, Sportlerjugend finden dabei ein reiches Betätigungsfeld, das wertvolle solidarische Prinzipien fördert. Sei es in Gefelligkeit, sei es in ernster Arbeit, immer wird man — auch bei aller Mühseligkeit des Beginns — zu wertvollen Erfolgen schreiten können. Und vor allem wird man so auch zu wichtiger sozialer Arbeit für die erwerbslose Jugend gelangen, die von wertvollen sozialistischen Gedankengängen durchflochten ist. Beginnen wir also, um auch so eine Welt zu gewinnen!

Adolf Rau (Berlin).

Nationalsozialismus ist Sklaverei.

... Sie schufen für den Gemeinschaftsgeist und sein Drängen die Parole eines fasschwerständigen „Sozialismus“ und erfanden für das dumpfe individualistische Gefühl der Jugend den „Nationalismus“, die Errettung aus der Unfreiheit, die Sicherung der Individualität der Nation als Grundlage für die Freiheit des eigenen Ich. ... So wird aus dem Gemeinschaftsgeist einer freilichstürmenden Jugend willenlose Unterordnung der Masse, Kadavergehorsam der Freiheitssuchenden. So fälschte man das Sehnen nach Persönlichkeit in Propagierung einer hohlen Führerherrschaft.

Auf dieser zwiespältigen Basis ließ sich nur ein zwiespältiges Programm aufbauen, das sich auf jedem Gebiet in seiner Zwiespältigkeit offenbart, in der Frage der Staatsform: Republik ebenföug wie Monarchie, Einheitsstaat und gleichzeitig Bundesstaat, Sozialismus und Sicherung des kapitalistischen Privateigentums, Revolution und legale Erwerbung der Macht, Bodenreform und Anerkennung des Besitzes am Grund und Boden, Freiheitskampf und Anerkennung der bestehenden Verträge. Unüberbrückbar geht der Riß durch das ganze Programm. ... Aber wie lange noch?

Dann kommt das furchtbare Erwachen der Irregelmäßigkeiten der Jugend. Dann beginnt diese Jugend zu begreifen, daß ihr das Schlimmste geschah, was ihr geschehen konnte, daß sie in die Hände der Götzeleuten einer Zwischengeneration geriet. Aus Walter Dörmann und Kurt Caro: Kommt „Das Dritte Reich“?

Nicht für den Profit einzelner!

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik ist Politik der Produktionsförderung nicht zur Steigerung des Profites, sondern zur Steigerung des Massenwohlstandes. Das Gegenwartsziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist Arbeitsbeschaffung und Hebung der sozialen Lage der Massen; die Gegenwartsarbeit steht aber zugleich im Dienste des Kampfes um die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, im Dienste des Kampfes für die sozialistische Gesellschaft der Zukunft.

Fritz Naphthal (im „Vorwärts“, 20. Oktober 1926).

Wirtschaftliches.

Die Volksfürsorge als Kreditinstitut.

Von großer Bedeutung für ein Lebensversicherungsunternehmen ist immer die möglichst sichere und günstige Anlage des vorhandenen Vermögens. Günstige Bestimmungen und Vorschriften der Aufsichtsbehörde sehen hierfür gewisse Grundzüge vor. Die Volksfürsorge wird beiden Forderungen gerecht. Sie legt ihre Kapitalien, wie wir in unserer Zeitung schon oft berichten konnten, vornehmlich in Hypotheken für Baugenossenschaften, Gemeinden und Arbeiterinstitute, hauptsächlich zum Zwecke des Kleinwohnungsbauens und zur Förderung der gemeinnützigen Bestrebungen der Arbeiterschaft an. Hypothekengeschäften von einzelnen Personen kann leider aus grundsätzlichen Erwägungen nicht entsprochen werden. Als Kreditinstitut konnte die Volksfürsorge 1930 noch mehr als früher in Erscheinung treten. Es wurden zirka 40 Millionen Mark erneut ausgeliehen. Die Gesamtsumme der ausgeliehenen Kapitalien ist somit auf rund 121 Millionen Mark angewachsen. Den gestellten Ansprüchen konnte unser Versicherungsunternehmen damit längst nicht gerecht werden. Die Nachfrage ist so groß, daß auch die doppelte Summe kaum genügt hätte, alle Wünsche zu erfüllen. Für 1931 sind bereits zirka 70 Millionen Mark neue Kredite zugesagt. Die Leistungsfähigkeit der Volksfürsorge in dieser Hinsicht steigt mit der Zahl der Versicherter, und es ist darum zu wünschen, daß recht viele ihre Versicherungen bei der Volksfürsorge abschließen und somit deren gemeinnütziges Wirken weitestgehend unterstützen.

Film.

Die Filmoberprüfstelle hat den Trickfilm „Ins Dritte Reich“ verboten, den die Film- und Werbeabteilung der Sozialdemokratischen Partei hergestellt hat.

Der Vorsitzende der Oberprüfstelle, Oberregierungsrat Becker, führte in der Verbotsbegründung unter anderem folgendes an:

„Im Anfang des Films wird gezeigt, wie der Unternehmer seinem Arbeiter einen Lohnabzug macht. Als der Arbeiter den vollen Lohn fordert, zeigt er ihm die leere Schublade und sagt: „Lohnabbau.“ Es wird aber angedeutet, daß der Unternehmer noch Geld im Geldschrank hat und sehr wohl zahlen könnte. Durch diese Darstellung wird der von der Regierung Brüning angestrebte allgemeine sechsprozentige Lohnabzug bekämpft. Aus diesem Grunde mußte der Film verboten werden.“

Ein kalter Schauer überläuft den Normalmenschen, wenn er so etwas liest. Diese „Begründung“ muß jeden einigermaßen logisch denkenden Arbeitnehmer veranlassen, das Dritte Reich verhindern zu helfen. Eigentlich müßte die Filmoberprüfstelle verboten werden.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Der sozialdemokratische Charakter.

Nun hat die christliche „Gewerkschaftsstimme“ auch eine Freude. Das kommt ja so selten vor. Sie muß sich ja immer herausmühen ärgern. Endlich hat ein Bericht den sozialdemokratischen Charakter der freien Gewerkschaften festgestellt. Ach, herrje! Ist denn das was Neues? Liebe christliche „Gewerkschaftsstimme“, weist du nicht, daß es schon Berichte gab, die einfach die freien Gewerkschaften auflösten, weil sie — Achtung, Vorsicht! — sozialdemokratisch seien? Was sind wir also längst gewohnt. Und wenn kein Richter den sozialdemokratischen „Charakter“ feststellen würde, die christlichen Gewerkschaften tun es ja jede Woche. Vielleicht kommt einmal ein Bericht und stellt einer Gewerkschaftsrichtung das Zeugnis aus, daß sie keinen Charakter hat. Dazu würden also die freien Gewerkschaften nicht gehören, denn die haben längst ihren Charakter.

Es gibt sogar Gewerkschaften, die sich christlich nennen, ohne daß bis jetzt ein Bericht den christlichen Charakter festgestellt hat. Aber solche heillosigen Berichte gibt es wohl nicht.

Wie die Christliche „Gewerkschaftsstimme“, Nr. 3, 1931, zu Nutz und Frommen aller lieben Nächsten mittelst, ist jedermann berechtigt, die freien Gewerkschaften sozialdemokratische Gewerkschaften zu nennen. Also bitte, ihr christlichen Kollegen und Kolleginnen, schimpft uns so!

Die Christliche „Gewerkschaftsstimme“ wird hoffentlich an diese Sache immer wieder erinnern, damit sie nicht in Vergessenheit gerät.

Rundschau.

Leure nationalsozialistische Wissenschaft.

Der Thüringische Innenminister Frick hatte bekanntlich den nationalsozialistischen Rassenforscher Günther als Lehrer für Rassenkunde an die Universität Jena berufen. Der Zustrom zu seinen Vorlesungen ist ungeheuer. Von den mehr als 3000 in Jena immatrikulierten Studenten haben sich zwölf als Hörer in Günthers Kolleg einschreiben lassen. Für die Vorlesungen vor diesen zwölf Jüngern bekommt der Rassenforscher Günther nun sein Professorengehalt.

Aber vielleicht erklärt sich die geringe Zahl der Hörer daher, daß nur zwölf unter den 3000 Studenten Jenas so rassistisch sind wie — Goebbels und Hitler und darum für würdig befunden wurden, den Weisheiten Günthers zuzuhören? Das wäre ein Jammer, unter 3000 deutschen Studenten an der deutschen Universität nur zwölf richtige Deutsche! Woher soll das deutsche Volk bloß seine geistigen Führer nehmen? Es ist kein Wunder, daß wir auf den Hitlerimport aus Böhmen angewiesen sind.

Unfähigkeit der KPD. überall.

Die Verbindlichkeiten des durch die Schuld seiner kommunistischen Leitung in Konkurs geratenen Allgemeinen Konsumvereins Halle betragen einschließlich der Sparguthaben etwa 4 bis 5 Millionen Mark. Nun hat auch die Verwaltung des Bezirkskonsumvereins Merseburg beschlossen, die Zahlungen einzustellen. Wie Halle, steht auch das „rote Provinzialamt Merseburg“ vollkommen unter kommunistischer Leitung.

Bezüglich des Konsumvereins Halle reden die schuldigen kommunistischen Urheber des Zusammenbruchs fortgesetzt von einer gekündigten 400 000-Mrk.-Hypothek der GGD oder der „Volksfürsorge“. Beide Institutionen sind in der glücklichen Lage, nicht mit Geld an dem leichfertigen vernichteten Unternehmen beteiligt zu sein. Die 400 000 Mk., um die es sich hier handelt, gehören der Pensionskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Diese muß natürlich im Interesse der Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten, für die sie aufzukommen hat, mit peinlicher Sorgfalt Obacht geben, daß ihr weder Kapitalien noch Zinsen verloren gehen. Würde die Leitung der Kasse in Fällen wie der des Allgemeinen Konsumvereins Halle nicht äußerster Voricht walten lassen, dann würde sie vom Reichsaufsichtsrat für Privatversicherung, dem sie unterstellt ist, mit Recht zur Verantwortung gezogen werden. Die Geiber der Versicherten sind nicht dazu da, von gewissenlosen „Geschäftsführern“ à la Ertinger verwirtschaftet zu werden.

Münzenberg oder Stalin werden schon finanzieren. Oder nicht?

Trinker als Geistesranke. Die amtliche badische Gesundheitsstatistik (Sonderabdruck aus dem Statistischen Jahrbuch für das Land Baden, 1930) enthält auch einen Abschnitt „Alkoholiker“. Danach befanden sich unter den in den Jahren 1927 und 1928 wegen Geisteskrankheit in Krankenanstalten aufgenommenen 5144 bzw. 5244 Personen nicht weniger als 919 bzw. 945 mit Geisteskrankheiten alkoholischen Sinnesstörungen, sonstigen trunkverursachten Geistesstörungen und gewohnheitsmäßiger Trunksucht — somit je ein Fünftel bis ein Sechstel der Gesamt-Geisteskrankenanzahl. Dabei ist noch zu beachten, daß drei große einschlägige Universitätskliniken in Freiburg und Heidelberg, ein sonstiges großes städtisches Krankenhaus und eine Anzahl kleinerer Anstalten hierbei noch nicht erfasst sind. Man beachte auch die Steigerung von einem Jahr zum anderen!

Berichte aus den Zahlstellen.

Brake in Oldenburg. Unsere Generalversammlung fand am 25. Januar 1931 statt. Zu Punkt 1 erstattete Kollege Jürgens den Rassenbericht. Zu Punkt 2 gab der Vorsitzende, Kollege Lauer, den Jahresbericht über 1930. Eröpfend sich die hiesige Zahlstelle auf einen Betrieb beschränkt und die Beschlüßkraft auch stark reduziert wurde, hat die Zahlstelle doch ihre Mitgliederzahl um einige vermehrt. Der Bezirksleiter, Kollege Ackermann, besprach die Ursachen der Wirtschaftskrise, das Verhalten der Unternehmer und welche Forderungen wir daraus zu ziehen haben. Eine geschlossene Front der Arbeiterschaft ist deren einzige Waffe. Unter Punkt 3 wurden der Gesamtvorsitzende sowie alle Hilfskassierer einstimmig wiedergewählt. Zu Kartelldelegierten wurden ernannt W. Niehmann, K. Fuchs und Chr. Jakobien. Als Kandidaten zum Betriebsrat wurden vorgeschlagen: R. Lauer, Preuß, D. Wäning, Kolber, P. Fürst und Fr. Timpe. Leider leidet unsere Zahlstelle auch unter der Wirtschaftskrise. Wurde doch am 22. Dezember 1930 der Betrieb für 14 Tage stillgelegt. Dann folgte im Januar 1931 die drei- und vierstägige Arbeitszeit in der Woche. Am 20. Februar 1931 kann unsere Zahlstelle auf ein fünfjähriges Bestehen zurückblicken. Es wurde angeregt, den Tag mit einer kleinen Feier zu beschließen und eventuell bis dahin eine Fahne zu besorgen und dann gleichzeitig die Fahnenweihe vorzunehmen. Zur Beschaffung der Fahne wurde eine Kommission gewählt, und zwar die Kollegen Reimers, Fuchs, Fosting und Timpe, welche dann gemeinschaftlich mit dem Vorstand die nötigen Vorbereitungen treffen sollen. Nach einer eindringlichen Mahnung des Kollegen Lauer an die Versammlungsteilnehmer, immer treu zur Gewerkschaft zu halten, wurde die Versammlung geschlossen. Willh. Schröder.

Cottbus-Senftenberg. Die Generalversammlung der Bezirkszahlstelle Cottbus-Senftenberg tagte am 25. Januar 1931 in Cottbus. Es nahmen daran 40 Delegierte, 13 Mitglieder der Ortsverwaltung und der Gewerkschaft, Kollege Kohl, teil. Dem Rassenbericht war zu entnehmen, daß die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse mit 339 205,96 Mk. balancierten. An Unterstützungen wurden insgesamt 145 371,06 Mk. = 42,88 Prozent der Gesamteinnahme ausgezahlt. Die Lokalkasse balanciert in der Einnahme und Ausgabe mit 182 572,11 Mk. Der Kassensstand vom Jahre 1929 betrug 61 751,41 Mk. Die Ausgaben der Lokalkasse betrafen sich insgesamt auf 104 991,23 Mk. = 51,50 Prozent der Nettoeinnahme der Hauptkasse. Der Kassensstand betrug am Schluß des Jahres 77 580,88 Mk. und hat eine Erhöhung um 15 829,47 Mk. erfahren. Aus dem Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß sich die Wirtschaftskrise auch im Arbeitsgebiet der Zahlstelle Cottbus-Senftenberg sehr schmerzhaft auswirkte, und im Laufe des Jahres auf fast alle Industrien übergriff. Die Organisation hatte jetzt bei Neuabstellungen von Tarifverträgen einen sehr schweren Stand, jedoch wurden die Ängstliche der Arbeitgeber gegen den Tarifzwang erfolgreich abgeschlagen, und sie mußten sich wieder zu kollektiven Abzügen bequemen. Trotz aller Widerwärtigkeiten, gegen welche die von der KPD als „Bonzen“ beschimpften und bespotteten

Gewerkschaftsführer anzukämpfen hatten, ist die Organisation unerschütterlich und festgelegt geblieben. Gehörten der Zahlstelle am Schlusse des Jahres 1929 6004 Mitglieder (5599 Männer, 1305 Frauen) an, so sind jetzt 8703 Kolleginnen und Kollegen organisiert (5502 Männer, 1201 Frauen). Der Abgang von 201 Mitgliedern (nur 2,91 Prozent) fällt angesichts der ungeheuren Krise überhaupt nicht ins Gewicht und wird schnell wieder ausgeglichen, wenn bessere Zeiten kommen. In der Jugendarbeit haben wir uns zum Schlusse des Jahres bemüht, die notwendigen Anregungen zu geben, es fand zu diesem Zwecke ein Jugendleiterlehrgang in der Jugendherberge zu Wohlitz statt. Die gut besuchte Veranstaltung wird sich hoffentlich besprechend in der weiteren Arbeit der jugendlichen Verbandsmitglieder auswirken. Sodann hielt der Gauleiter, Kollege Kohl, einen kurzen, aber aufschlussreichen Vortrag über die allgemeine Lage. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab mit einer Ausnahme die Wiederwahl der bisherigen Kollegen. An Stelle des Kollegen Franke (Spremberg) wurde Kollege Richter (Spremberg) gewählt. Kollege Karsten brachte in seinem Schlusswort zum Ausdruck, daß wir uns bemühen werden, in unserer Bezirkszahlstelle in der bisherigen Weise mit der Gewerkschaftsarbeit fortzufahren und alles zu tun, die Arbeiterschaft aufzuklären und kampfbereit zu machen.

Wülfelsdorf. Bericht der Jugendgruppe über 1930.
In den sechs Monaten des Bestehens unserer Jugendgruppe sind in den 32 Veranstaltungen 1032 Besucher, das sind 32,2 Teilnehmer pro Veranstaltung, zu Vorträgen, Unterhaltungsabenden und Feierstunden zusammengekommen. Das bedeutet bei 591 jugendlichen Mitgliedern erst eine Erfassung von 5,7 Prozent derselben. Wie sieht es nun erst bei der großen Masse der unorganisierten Jugendlichen aus? Man sieht daran, welche gewaltige Arbeit zur Auffüllung des Reservoirs der Gewerkschaften noch zu leisten ist. Es ist eine psychologische Erfahrungstatsache, daß die Geistesenergie der meisten Menschen stärker ist als ihre Verstandesenergie. Das Bestehende (die kapitalistisch-bürgerliche Gesellschaftsordnung) beeindruckt insbesondere den jungen Proletarier mehr als das Kommen, noch nicht Bestehende (die klassenlose sozialistische Gemeinschaft). Abstraktion (seit Jahrhunderten bestehende Kulturgesetze und Bedürfnisse, nachwirkende Anschauungen und soziologische Gesetze längst untergegangener oder absterbender Ideologien) und Milieu (Wohnung, Familie, Arbeitsmethode, Arbeitszeit, Organisation des bürgerlichen Kultur- und Vergnügungsbetriebes usw.) bestimmen die Ideenwelt des jungen Proletariats. Gegen seine Interessen vertritt sich das junge Proletariat zum Teil in die „bürgerliche“ Ideenwelt, aus der es sich nicht immer leicht befreien kann. Eine vernachlässigte Jugend, die unzerwundenes sein soll, bedeutet eine indirekt geschwächte, gewerkschaftliche Kampfkraft. In der augenblicklichen Situation machen sich verdächtige Anzeichen eines gewerkschaftlichen und politischen Indifferentismus bemerkbar. Die sogenannte „Vergnügungssucht“ ist stärker ausgeprägt als der Drang zur Partei- und Gewerkschaftsarbeit. Den modernen Tanz und die Kneipe, die größte Form der Vergnügungssucht, müssen wir ablehnen. Dagegen die Verbesserungen derselben für unsere Bewegung, insbesondere der Jugend, nutzbar machen. Es sind dies: Film, Operette, Wandern, Sport, Konzertsaal, Theater u. a. m. Es muß versucht werden, in irgendeiner Form und auf jede mögliche Weise, direkt und indirekt, an die Massen der Jugendlichen heranzukommen. Wir wollen unsere Kräfte zusammenfassen und gemeinsam an der Verwirklichung unseres Endzieles arbeiten. Auf diesem Wege bei unserer Weiterarbeit ferner uns der Größ der Jugend zu neuen Taten an: Fremdsprache!

Eisenberg (Thür.). Unsere Generalversammlung am 23. Januar war für die Fabrikarbeiter Eisenbergs ein Großkampfstag. Mitglieder, die sonst nie eine Versammlung besuchen, waren anwesend. Die Anhänger der RSD. hatten alles auf die Beine gebracht, um einen Schlag gegen die Verwaltung und das ihnen so ungeliebte Vertretersystem zu führen. Der Geschäftsführer Koll. Geißner gab den Jahresbericht und die Jahresabrechnung. Für die Kassen-geschäfte und den Jahresbericht wurde ihm Entlastung erteilt. Zum Geschäftsbericht wünschte ein Kollege intensiver gewerkschaftliche Bildung der Mitglieder und der Funktionäre. Der Kartellbericht wurde ohne Diskussion entgegengenommen. Kollege Geißner verlas sodann ein Schreiben des Hauptvorstandes betr. die Angelegenheit Schlegelmilch. Kollege Schlegelmilch gehört der Opposition an und hatte in einer Versammlung den Gauleiter Erdmann (Mannan) sowie die Führer des AOB. als Streikbetreuer bezeichnet. Es wurde deshalb Anschlag beantragt. Eine ihm gestellte Frist hielt Schlegelmilch ein und nahm die Verteidigung wieder zurück. Der Hauptvorstand sah deshalb von einem Anschlag vorläufig ab, erteilte an Schlegelmilch aber eine scharfe Rüge mit dem Bemerkens, bei Wiederholen solcher Vorkommnisse diese Rüge mit anzurechnen. Dann folgte der erwartete Vorstoß der RSD. Anhänger gegen das Vertretersystem, welches vor einem Jahr eingeführt wurde. Dieses Vertretersystem ist der Opposition ein Dorn im Auge, denn es legt ihr Schranken auf, sie kann in Vertreterversammlungen nicht so nach Herzenslust wüten. Schon vor Beginn der Versammlung waren zwei Anträge eingegangen, welche verlangten, das Vertretersystem für immer einzuführen, da es sich gut bewährt habe. Der 1. Vorsitzende, Koll. Hirschfeld, stellte die Anträge zur Diskussion. Ein wildes Geschrei bei der Opposition folgte. Gauleiter Koll. Schneider hielt einen Vortrag über Arbeitssphäre und Wirtschaftskrise. Die Opposition verwarf mit ihren Zwischenrufen dem Koll. Schneider seinen Vortrag zu erschweren. Vor dem Versammlungsstamm war gesagt worden, es solle ihm die Versammlung verweigert werden. Es ist nicht zu glauben, mit wieviel Aufwand von Lügen und Gemeinheiten die Wortführer der RSD. ihre Zwischenrufe machten. Keine ihrer Lügen konnte sich halten. Das gewaltigste, die Arbeiterklasse schädigende Treiben der RSD. wurde vom Koll. Schneider angeführt. Der Streik in Kalksburg der Streik Badewell und in Straß bei der Firma Pöhl zeigen so richtig, wozu die Heerei der RSD. Führer die Arbeiterschaft bringt. Unbegreiflich für jeden Gewerkschaftler ist es, wenn von der Opposition verlangt wird, die freien Gewerkschaften sollen dann auch noch die Streikenden der RSD. unterstützen. Also die Beiträge der Organisten für die Unorganisierten, das heißt die Verbrennen der RSD. finanzieren. Im Gebiet Halle-Merseburg-Lena sehen wir die Folgen der Unfähigkeit der RSD. Die Gewerkschaften arbeiten mit aller Energie daran, Wege zu finden, um bessere Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Jeder Arbeit behaftet es, um der Arbeitssphäre, die ja eine Weltkassaphäre ist, zu begegnen. Es ist ein Zeichen des beschränkten Horizontes, wenn von der Opposition der Zwischenruf kam: Wir wollen den Arbeiter nicht vorwärts bringen, bis der Kapitalismus uns am Schwanz hat, dann schlagen wir los. Die Anhänger der RSD. denken aber sehr: wären sie in Russland, die Gemeinheiten, die sie sich vor dem Tag erlaubt haben, würden für sie dort das Ende ihrer Existenz bedeuten. Russland hat seine GPU, um seine Führer zu schützen, alle Elemente nach Sibirien und in die Gefängnisse zu bringen. Es ist an der Zeit, daß die Gewerkschaftler sich nicht mehr länger des Schutzpatronatums der RSD. gefallen lassen. Kritik ist immer gut, aber in den Reihen der RSD. gibt es keine Kritik, keine Anerkennung gewerkschaftlicher Erfolge. Sessel von Schmutz und Lügen werden über den AOB. seine Führer und Anhänger gegeben. Eines aber ist sicher, ohne gewerkschaftliche Arbeit gibt es keine Hilfe für die Arbeiterschaft. Reicher Bewein lohnt an Schlag die Ausführungen des Kollegen Schneider. Die Abstimmung ergab die Beibehaltung des Vertretersystems. Durch die Diskussion wurde klar, wie leicht das Wissen der RSD. Anhänger ist, wie bei ihnen alles darauf eingestrichelt ist, durch Präsenzen die Arbeiter irrezuführen. Bedauernd ist noch, daß ein Oppositionsmitglied der Kollegen Schneider zusetzte: Wenn ich dein Gehalt hätte, möchte ich auch so wie du. Es folgte dann die Wahl der Verwaltung. Unter wüsten Geschrei der Opposition wurde die alte Verwaltung wiedergewählt. Es war eine Niederlage der Opposition und eine Abweisung an alle Kollegen und Kollegen der Arbeiterbewegung, in dem neuen Jahr alles demselben, dem Treiben der RSD. ein Ende zu machen und nach Kräften am Aufbau des Verbandes und seiner Ziele zu arbeiten.

Hamburg. Jahresbericht. Die Auswirkungen der Arbeitsmarktlage im Jahre 1930 waren für unsere Mitglieder katastrophal. Acht Betriebe mit insgesamt 554 männlichen und 227 weiblichen Arbeitnehmern wurden stillgelegt. Die Bemühungen, für die Entlassenen eine Entschädigungssumme zu erhalten, hatten nur geringen Erfolg. Für eine beschränkte Zeit wurden vier Betriebe stillgelegt. Kurzarbeit wurde in 28 Betrieben durchgeführt. Darin waren am Jahresabschluss beschäftigt 2870 männliche und 1026 weibliche Personen. Die Arbeitszeit ging in allen Industriegruppen im Durchschnitt gerechnet auf 44 1/2 Stunden pro Woche zurück. Die Zahl der erwerbslosen Mitglieder betrug einschließlich der Ausgesteuerten 5114, nicht eingerechnet jene, die aus Verbandsmitteln noch keine Unterstufung erhalten. Aus Verbandsmitteln wurden 3517 Mitglieder unterstützt. Trotz erhöhter Ausgaben konnten der Hauptkasse in bar noch 128 302,99 Mark überwiehlen werden. 1597 ausgesteuerte Mitglieder erhielten laut Beschluß des Hauptvorstandes eine Sonderunterstützung von durchschnittlich je Mitglied 6,90 Mk. Insgesamt wurden 11 115,70 Mk. ausbezahlt. An Mitglieder, die monatlang ohne Beschäftigung waren, ist auf Beschluß der Verwaltung unter Zustimmung der Vertreterversammlung eine Notlage-Unterstützung ausbezahlt worden, und zwar im April, im November und zu Weihnachten. Die Höhe der ausbezahlten Summe beträgt 20 675 Mk. Die Invalidenunterstützung wurde von 278 männlichen und von 29 weiblichen Mitgliedern in Anspruch genommen, denen im Laufe des Jahres 57 961,75 Mk. ausbezahlt wurden. Je Mitglied und Monat betrug die Unterstufung im Durchschnitt für männliche Mitglieder 10,52 Mk., für weibliche 5,77 Mk. Trotz der ungünstigen Wirtschaftslage konnten im Berichtsjahre dem Verbandsamt 1520 neue Mitglieder zugeführt werden. Durch Abschluß der Kartellverträge waren wir gezwungen, 555 Mitglieder abzugeben. Am Jahresabschluss waren vorhanden 10 080 Mitglieder. Dem Hauptvorstand wurden zur Auszahlung der Sonderunterstützung aus lokalen Mitteln 10 000 Mk. überwiesen. Das Ergebnis der im verfliehen Jahre eingeleiteten Lohnbewegungen blieb in Anbetracht der Wirtschaftskrise hinter dem Ergebnis des Vorjahres zurück. In einzelnen Industriegruppen unterblieb aus tatsächlichen Gründen unterseits die Aufkündigung der Lohnverträge. Dieses Vorgehen der Verwaltung wurde zwar von einem Teil der Kollegen scharf kritisiert, aber später doch als richtig anerkannt. Immerhin kann das Ergebnis unter Würdigung der Tatsachen noch als befriedigend angesprochen werden. Durchgeführt wurden von uns neun Lohnbewegungen in 44 Betrieben mit insgesamt 1887 Beschäftigten, darunter 801 Arbeiterinnen. Die erreichte Lohnerhöhung betrug für männliche Mitglieder je Kopf und Stunde 4 Pf., je Woche 1,92 Mk. Für weibliche Mitglieder 4 1/2 Pf. bzw. 2,16 Mk. Außer-

Die KPD. lügt und betrügt.
Die Funktionärzeitschrift der KPD-Zentrale „Kommunistischer Parteiarbeiter“ beschäftigte sich in ihrer Septemberrummer mit einer nationalsozialistischen Werbeschrift und schrieb unter anderem:
„Diese Vorfälle haben unsere Methoden gründlich studiert. Das ganze Heft ist eine einzige Anweisung, wie der Kazi unter Benutzung unserer Methoden und Parolen die Massen am besten belügen und betrügen kann.“
Was genannte Organ der KPD-Zentrale stellt also selbst fest, daß die KPD. die Massen belügt und betrügt.

dem wurden noch erreicht für 21 Personen Verlängerung des Urlaubs; für 183 Personen Ausbau der sozialen Bestimmungen des Rahmenvertrages, Zahlung der Differenz zwischen Krankengeld und Lohn bis zu fünf Wochen; Erhöhung der Überstundenzuschläge von 20 auf 25 Prozent für 1891 Beschäftigte und Zahlung von vier Lohnausfallstunden je Woche bei Kurzarbeit für 2562 Beschäftigte. Durch Klagen beziehungsweise Vergleiche wurde für die klagenden Kollegen eine Lohnsumme von insgesamt 6188,94 Mk. erwirkt. Die Zahl der Betriebe, in denen im Berichtsjahre Betriebsräte gewählt wurden, betrug 126 gegenüber 145 im Jahre 1929. Die auf Sonderlisten kandidierenden Oppositionsmitglieder wurden ausgeschlossen. Die Wirtschaftskrise und die Steigerung der Arbeitslosenzahl wirkte sich auch sehr nachteilig auf unsere Jugendabteilung aus. Die Schließung des Betriebes Gummiwerke Dr. Heinrich Kraus u. Söhne — in dem die Jugendlichen die größte Zahl unserer Abteilung stellen — und die Abgabe des Betriebes der Fisch-industrie bedeuteten für die Abteilung ein großes Zusammen-schmelzen der Teilnehmer an den Veranstaltungen der Jugend-abteilung. Es fanden im Jahre 1930 insgesamt 99 Veranstaltungen für die Abteilung statt, an denen sich 74 jugendliche Mitglieder beteiligten. Außerdem wurden die Interessen der Abteilung in neun Vorstandssitzungen des FZA. wahrgenommen. Der Versammlungsbesuch hat sich erfreulicherweise, besonders in den Distrikten, um 30 bis 40 Prozent gehoben. Viele Laifische ist zurückzuführen aus das Zurückdrängen der sogenannten Opposition. An Stelle der planlosen Diskussion über kommunistische Traxen ist eine ruhige sachliche Aussprache in Erscheinung getreten. Das Hand-in-Hand-Arbeiten der Betriebsräte durch Ausbau des Delegierten-systems, durch Belehrung und Erziehung des Delegiertenkörpers im Sinne der Organisation dürfte als wirksames Mittel zu betrachten sein, um die Förderer von links und rechts abzuwehren. Und so wollen wir über die Schwelle des neuen Jahres schreiben mit dem Gebührens, unsere Organisation vor Zerstörung zu schützen und bereit zu sein, wenn uns die Pflicht zum Kampfe ruft.

Hamburg. Wahlen der Vertreter zur Vertreter-versammlung. Wie in der Vergangenheit, so richtete auch in diesem Jahre bei der Wahl der Vertreter im Januar die KPD. an die Fabrikarbeiter in den Betrieben den Appell, am 14. Januar in den Distriktversammlungen nur die Liste der RSD.-Leute zu wählen. Dabei hat man es nicht an den üblichen Vermunglumpungen und Verdächtigungen der Angehörigen des Verbandes fehlen lassen. Trotz alledem war das Resultat der Wahl für die Vertreter der Arbeiterbewegung geradezu niederschmetternd. In keinem Distrikt ist es den Leuten gelungen, auch nur ein Mandat zu gewinnen. In allen Distrikten erreichten sie insgesamt nur eine Stimmenzahl von 153. Selbst in Altona, wo sie seit einigen Jahren die Distriktsleitung innehaben und die Vertreter zur Vertreter-versammlung schicken, erhielten sie von den 187 gültigen Stimmen nur ganze 43. Das gleiche Verhältnis ist in Wittenberg in Erscheinung getreten. Auch hier haben sie durch wochenlange Agitation in den Betrieben sich bemüht, die Distriktsleitung wieder zu be-jagen und die Vertreter zu stellen. Auch dort erhielten sie eine glänzende Niederlage, indem sie von 118 gültigen Stimmen nur 33 erhielten. Unsere Verbandskolleginnen und -kollegen haben die Aufgabe, bei den kommenden Betriebsratswahlen den kommunistischen Vertretern ebenfalls die gleiche Niederlage zu bereiten.

Ostendorf-Ostrika. In der Jahresversammlung der hiesigen Zahlstelle erstattete der erste Bevollmächtigte, Kollege P. Knöfel, erstattete den Jahresbericht. In der hiesigen Glas-industrie ist die Organisation restlos durchgeführt. Die Glasbranche hatte innerhalb eines Jahres zwei Lohnbewegungen durchzuführen. Während die Auswirkung der Krise in der Ziegel- und Zement-industrie unerschütterlich anhalt, was sich um so schwerwiegender auf die Lohnverhandlungen auswirkt, ist die Wirtschaftslage in der Chemie gut. Im Vergleich zum Vorjahre ist die Verwaltungsarbeit umfangreicher geworden. Der Vorsitzende gedachte der vorhergehenden Kollegen und Kollegen. Dann wurde der Klassen-bericht gegeben. Aus der Lokalkasse wurden für die erwerbslosen Mitglieder 1374 Mk. und aus der Hauptkasse 19 220 Mk. veran-schlagt. In die invaliden Kollegen wurden 1263 Mk. ausbezahlt. Beim Punkt Neuwahl glaubten die KPD.-Größen, für sich den An-freud auf die Stelle des ersten Bevollmächtigten erheben zu können. Von dem Verwaltungsleiter wurde die heikle Frage an die KPD.-

Kollegen gerichtet, wie sie sich zu dem Inhalt des „Roten Beobachters“ und des Flugblattes „Kampf des Lohnräubers“ stellen. Aus den Ausführungen des Komunisten Fritsch Hantemann und seines Anhangs ging hervor, daß sich ihre Ausführungen im wesentlichen mit dem Inhalt des „Roten Beobachters“ und „Schmutzblattes“ des „Roten Beobachters“ deckten. Jedes anständige Mitglied weiß dessen schmutzige Schreib- und Kampfweise zu schaden. Das Wahlergebnis für den ersten und zweiten Bevollmächtigten war ein klares Erkenntnis der Versammlung gegen die Methode Hantemann. Erhielt doch Kollege P. Knöfel 262 Stimmen als erster Bevoll-mächtigt und Kollege Mag. Tamm e 260 Stimmen als zweiter Bevollmächtigter. 40 Stimmen entfielen auf den KPD.-Vorschlag, während eine Anzahl Stimmen unglücklich war. Im ganzen wurden 321 Stimmen abgegeben. Bei der Wahl für die Delegierten zum hiesigen Ortsausschuß wurden die Kollegen S. Jech, Fritsch Schuber, Erwin Menzel und Genossen in Vorschlag gebracht und gegen einige Stimmen der KPD. gewählt. Die Kolleginnen und Kollegen haben kein Vertrauen zu den Spaltern. Kollege P. Knöfel berichtete über die Lohnverhandlungen, desgleichen über die Gruppenkonferenz. Er nahm dann in seinem Schlusswort die Ausführungen der Opposition unter die Lupe und gab diese Leuchten der KPD. zu verstehen, daß sie erst ihren Kopf aus dem eigenen Stall entfernen sollen, bevor sie dazu übergehen, die freien Gewerkschaften und deren Funktionäre in demagogischer Weise zu verunglimpfen. Mit einem Appell an die Versammlungsbesucher, in der heutigen schweren Zeit der Wirtschaftskrise fest zur Gewerkschaft zu stehen und sich nicht von den Spaltern beeinflussen zu lassen, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Stadtdorf. Am 27. Januar 1931 fand unser Jahres-versammlung statt. Der Geschäftsführer erstattete Bericht über die Lohn- und Tarifverhandlungen in der hiesigen Gips-industrie am 22. Januar 1931. Lohn- und auch Mantel-tarifvertrag wurden von den Unternehmern mit Ablauf zum 31. Januar 1931 gekündigt. Die Unternehmer forderten einen Lohn-abbau um 10 Prozent sowie Verschlechterungen im Schlüssel zur Berechnung der Löhne für jüngere Arbeitskräfte. Ferner wurde eine Änderung des Urlaubs zuzunehmen der Arbeiterschaft gefordert. Die Aussprache ergab einstimmige Ablehnung der Arbeitgeberforderungen. Die Verhandlungskommission wurde beauftragt, die Arbeitnehmerforderungen der letzten Lohn- und Tarifverhandlungen in den Monaten Oktober und November 1930 erneut ein-zureichen und zu vertreten. Die gesamte Mitgliedschaft steht ge-schlossen hinter der Verhandlungskommission. Hierzu gab der Geschäftsführer den Jahresbericht. Die Versammlung nahm be-friedigt Kenntnis von den Arbeiten des letzten Jahres. In den Vorstand wurden gewählt: erster Bevollmächtigter August Küster, zweiter Bevollmächtigter Otto Blechmann, dritter Bevoll-mächtigt Karl Brandt; Redatoren: Wilhelm Brömer, Wilhelm Schmidmann, Adolf Becker, Adolf Schmidmann. Am 21. März soll die Feier des 25jährigen Bestehens der Zahlstelle Stadtdorf begangen werden.

Vegeack (Bremen). Am 27. Januar fand unsere Jahres-ver-sammlung statt. Die Versammlung nahm die Berichte aus den verschiedenen gewerkschaftlichen Teilgebieten entgegen. Ein Referat schloß sich an. Vegeack hat auch keine Opposition, die es bitter nötig hätte, noch recht viel zu lernen. Soviel opposition-elle Unbefriedenheit bekommt man allerdings auch anderwärts öfters zu sehen und zu hören. Zunächst reichte die berufsmäßige Opposition bei der Vorstandswahl ihre eigene Liste ein. Welche Liste war so ungeachtet aufgestellt, daß der Vorsitzende — der sein schweres Amt mit viel Geduld und kollegialer Rücksicht ausübt — erklären mußte, so könne man mit der Liste nichts anfangen. Die Opposition mußte sich nun abermals ab, eine neue Vorschlagsliste zusammen zu bringen. Und das Ergebnis dieser schweißtreibenden Arbeit? Der Vorsitzende mußte erklären, daß eine ganze Anzahl der Vorgesetzten gar nicht Verbandsmitglied sei. Ein an-wesender alter Arbeitskollege erklärte, ihm hätten KPD.-Haupt-linge am Orte angedreht, ihn totzuschlagen. Der Kollege hat eine Lebensversicherung hinter sich, besitzt ein gereiftes Urteil, redet nur, was er verantworten kann, und handelt auch entsprechend. Und gegen die Vernunft dieses Kollegen wendet sich die Dummheit und Naivität von Menschen, die als Einzelreplikar Feiglinge sind. Wenn solche Menschen das Wort „Kollege“ aussprechen, lehnt man sich innerlich dagegen auf. Das hat Karl Marx nicht geahnt, daß Leute, die angeblich auch seine Lehre vertreten, seinen schönen Satz: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ so in den Schmutz treten würden.

Verbandsnachrichten.

Schwindeleien des Oskar Mannheim.

Der Schwindler Oskar Mannheim treibt immer noch sein Unwesen, indem er sich Lokalunterstützungen geben läßt, mit der Begründung, sein Buch sei zum Umschreiben von Karlsruhe an den Hauptvorstand geschickt worden. Vor Mannheim wurde bereits in Nr. 19 des „Mittelteilungsblattes“ vom 25. Oktober 1930 gewarnt. Trotzdem ist es ihm wieder gelungen, mit gefälschten Papieren einige Zahlstellen zu betrügen.

Ausgeschlossen

wurden gemäß § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen Fürth in Bayern: Ludwig Langer, Mitglieds-Nummer 80 196, Karl Pöhlmann, Mitglieds-Nummer 1246, Hans Janda, Mitglieds-Nummer 929 124; Kempten (Allgäu): Wilhelm Schmidt, Mitglieds-Nummer 815 876; Grabow (Mecklenburg): Karl Löbe, Mitglieds-Nummer S II 298 617, Fritz Sievert, Mitglieds-Nummer S II 776 110; Eisenberg: Max Hüftig, Mitglieds-Nummer 1 009 216; Eisenberg: G. Schlegelmilch, Mitglieds-Nummer 4210, Hans Meißel, Mitglieds-Nummer 42 819; Erfurt: Fritz Kubitzki, Mitglieds-Nummer S II 580 417, Ernst Kudrjusch, Mitglieds-Nummer S II 389 679, Dußan Mahler, Karten-Nummer 878 261.

Brandenburg (Havel).

Die Bürozeiten sind jetzt folgendermaßen festgesetzt: Montags bis Sonnabends von 8 bis 12 Uhr, außerdem Dienstags und Frei-tags von 16 bis 18 Uhr.

Literarisches.

„Unser Programm in Wort und Bild“, 80 Seiten, etwa 150 Bilder in Kupfer-stein, einfarbige Worte von Hermann Müller-Branden. Preis broschiert 90 Pf. Dieh-Verlag, Berlin. Das war noch nicht das einzige Partei-programm! Ein wirklich guter Gedanke, das Selbstbildnis Programm der Eigenheimherren in Bildern vorzulegen! Eine reiche Bilderfolge sozialer, histo-rischen, kritischen und allgemein-instruktionen Charakter stellt das Auge in geföhelter Weise mit sowohl der theoretische Teil wie der praktische illustriert. Bilder von der auf gemeinwirtschaftlicher Basis beruhenden Eigenheimbesitzer und Unternehmungen der deutschen Arbeiterklasse vorzubringen das Material des interessanten Buches, das jeden Parteigenossen wie jeden politisch interessierten auf höchste festzu wird. Bei der Fülle des Gebotenen ist der Preis von 90 Pf. verhältnismäßig niedrig zu nennen.

Briefkasten.

Müller I in W. Weihnachtsartikel. Nein, das ist ja zu dumm. Wer wirklich religiös denkt, der kann dem Erzähler unseres Artikels „Weihnachten auf der Walze“ nur mit innerer Anteilnahme folgen. Wer aber fortwährend prahlt mit seiner Frömmigkeit, der Welt fortgesetzt mittelteil, wie fromm er ist, und wie schlecht die anderen sind, bei dem ist das religiöse Empfinden, das ein inneres Erlebnis sein soll, nicht vorhanden, seine Frömmigkeit ist nur Lippenbekenntnis. Wer also beständig seine Frömmigkeit aus-präsent, der muß es wohl notwendig haben. Sein Verhalten, seine Handlungen, werden das Gegenteil von Religiosität beweisen, deshalb immer das laute Geschrei auf öffentlichem Markt: Herr, ich danke dir, daß ich nicht bin wie jener.

Chemische Industrie

Tariffkündigungen in der chemischen Industrie.

Auch die chemische Industrie hat sich nunmehr dem Wettlauf um Lohnabbau angeschlossen. Uns liegen die Kündigungen der Lohnsätze für die Bezirke Essen, Steffin und Bayern vor. In Steffin enthält die Kündigung bereits die Forderung der Arbeitgeber auf 12prozentigen Lohnabbau. Wie dieser Lohnabbau begründet werden soll, ist uns noch unbekannt. Die chemische Industrie ist im letzten Jahre noch voll beschäftigt gewesen. Die Gewinne der chemischen Großindustrie sind durchgängig gut bzw. glänzend. Der Lohnanteil am Fertigprodukt spielt in der chemischen Industrie eine untergeordnete Rolle, was der Vorsitzende des größten Chemieunternehmens, der J.-G. Farbenindustrie, wiederholt ausgesprochen hat. Die Buntpapierindustrie hat erst vor wenigen Tagen öffentlich bekanntgegeben, daß ein Lohnabbau von 5 bis 8 Prozent, wie er zu erwarten ist, auf die Gestehungskosten nur den Bruchteil eines Prozents ausmacht. Mit einer Notlage der chemischen Industrie kann die Forderung auf Lohnabbau nicht begründet werden. Wenn überhaupt nachweislich eine Industrie den bestehenden Lohn nicht nur ohne Schaden fragen, sondern noch erhöhen kann, ist dies die chemische Industrie. Wir hatten nicht erwartet, daß diese Industrie zur Tariffkündigung kommen würde. Es scheint, als ob Herr Geheimrat Dr. Quisberg, der sich in seiner Doppelstellung als Vorsitzender des Reichsverbandes der deutschen Industrie und als Vorsitzender des Verwaltungsrats der J.-G. Farbenindustrie derart für den Lohnabbau festgelegt hat, daß er notgedrungen diese Ansicht auch in der chemischen Industrie zum Ausdruck bringen mußte. Die Herren des Bergbaues und der deutschen Schwerindustrie verlangen von ihrem Vereinsvorsitzenden, daß er die für sie als richtig anerkannten Forderungen auch in seiner eigenen Industrie vertritt.

Unsere Auffassung findet ihre Bestätigung durch einen Bericht über die Sitzung des Arbeitgeberverbandes der chemischen Industrie am 26. Januar, den uns ein günstiger Zufall in die Hände spielte, in der über die Tariffkündigung beschlossen wurde. In dem Bericht heißt es, daß nach dem Beschluß der Arbeitgeber ein Lohnabbau um 12 Prozent zu fordern ist und daß bei den Verhandlungen bis auf 8 Prozent zurückgegangen werden soll. Zuerst sollen die Tarife in den drei Bezirken Essen, Steffin und Bayern gekündigt werden, weil die Arbeitgeber in diesen Bezirken den geringsten organisatorischen Widerstand vermuten. Die Vertreter der Arbeitgeber für das Haupttariffamt haben Richtlinien erhalten, wonach sie unter keinen Umständen Sprüche fällen dürfen, die unter 6- oder 7prozentigen Lohnabbau herabgehen. Man trägt sich mit der Hoffnung, daß die staatlichen Schlichter den Mindestsatz von 6 oder 7 Prozent unter allen Umständen festlegen werden.

Es heißt dann in dem Bericht weiter, daß die Konjunktur und Wirtschaftlichkeit in den Betrieben der chemischen Industrie im allgemeinen die Krise gut überstanden hat, daß die chemische Industrie mit der Lohnsenkung aber folgen müsse, weil in den anderen Industrien die Lohnsenkung bereits durchgeführt ist. Die Chemie-Industriellen sind ja wohl moderne Menschen. Aber müssen die deshalb eine Modekrankheit mitmachen? Das wäre ja ein Skandal sondergleichen, wenn jemand, der in seinem eigenen Fette erstickt, die Bettler ausplündern wollte.

Neues von Bedaur.

Auf die Veröffentlichung des Notizzettes eines Bedaurarbeiters in Nr. 4 des „Proletarier“, der sich auf die Excelsior bezog, sind eine ganze Reihe Arbeiter der Contifabrik zu uns gekommen und haben erklärt, daß die Angaben des betreffenden Arbeiters auch auf ihre Fabrik zutreffen. Sie wünschen, daß wir uns bei der Regierung starkmachen, um dieses Betrugsystem, wie sie es nennen, wieder zu beseitigen. Das werden wir vorläufig nicht fertigbringen. Durch Veröffentlichung der Angaben der betreffenden Arbeiter können wir aber die Öffentlichkeit weiter auf dieses unwürdige System aufmerksam machen. Mehrere Arbeiter haben, unabhängig voneinander, uns erklärt, daß die Zahl der Angestellten für die Versandabteilung ebenso groß ist wie die Zahl der Arbeiter. Die Arbeiter werden laut Anschlag vom August v. J. nur einen um den anderen Tag beschäftigt, weil Arbeitsmangel besteht. Die Angestellten haben aber trotz der Arbeitszeitverkürzung der Arbeiter vollauf zu tun, weil das Bedaursystem ihnen ungeheure Mehrarbeit gebracht hat. Unter Berücksichtigung der Arbeitszeit in dieser Abteilung entfallen also auf jeden Arbeiter zwei Angestellte, und das nennt sich wissenschaftliches System.

Die festgesetzten B-Werte können sehr häufig nicht erreicht werden. Die Wagen mit den zum Versand fertigzumachenden Waren kommen so unregelmäßig heran, daß große Wartezeiten entstehen, die nicht bezahlt werden. Meist sind die Wagen auch so unübersichtlich beladen, daß die Versandarbeiter zur Ausportierung der Waren weit mehr Zeit gebrauchen, als B-Werte dafür angesetzt sind. Es ist ja bekannt,

gegenwärtig zum Schaden der Arbeiter revidiert werden. In der Versandabteilung hat sich das so ausgewirkt, daß man den Arbeitern die Zeit für das notwendige Telephonieren und für Auskunft über abgefertigte Orders einfach gestrichen hat. Die Arbeiter setzten sich zur Wehr, blieben bei ihrer Arbeit und lehnten Telephonieren und Auskunft über die bereits erledigten Orders ab. Dadurch kam der ganze Betrieb ins Stocken. Die Betriebsleitung stellte den Arbeitern vor, daß so nicht weitergearbeitet werden kann. Das gaben die Arbeiter unumwunden zu, erklärten aber, daß sie den von der Firma vorgenommenen Lohnabzug nicht fragen können, da sie erhebliche Zeit ohne Bezahlung arbeiten sollen. Durch Verhandlung kam nunmehr eine Vereinbarung zustande, wonach den betreffenden Arbeitern für Telephonieren und Auskunfterteilen täglich 50 B gutgeschrieben werden. Die Firma hatte den Arbeitern also mit einem Federstrich pro Tag für 50 Minuten den Lohn weggenommen.

Trotz Kurzarbeit in dieser Abteilung werden in der letzten Zeit häufig Überstunden gemacht. Das ließe sich bei gutem Willen der Firma vermeiden, wenn die Kurzarbeiter zu dieser Arbeit herangezogen würden. G. Haupt.

Einheitsfront der RGO. und Nazis.

Die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition, d. h. die Stähler und Spalter im Bezirk Niederachsen, hatte sich am 25. Januar 1931 zur Spaltungsarbeit zusammengefunden, worüber die „Neue Arbeiter-Zeitung“ Nr. 25, vom Freitag, dem 30. Januar 1931, berichtet. Von verschiedenen Diskussionsrednern wurde gefragt, ob man die Nationalsozialisten in die Einheitsfront einbeziehen soll im Kampfe gegen die Gewerkschaften. Der Vertreter der Reichskomitees, d. h. der Vertreter der R.P.D.-Zentrale, hat diese Frage bejaht. Also, RGO. und R.P.D. gemeinsam mit den Nationalsozialisten im Kampfe gegen die freien Gewerkschaften. Eine schöne Waffenbrüderschaft.

Keine Neueinschätzung der Kaliwerke.

Der Reichskalirat hat in seiner Sitzung am 19. Dezember 1929 beschlossen, daß die jetzt geltenden Beteiligungsquoten der Kaliwerke bis zum 31. Dezember 1943 bestehen bleiben sollen. Dieser einstimmige Beschluß erfolgte auf Grund eines Antrags des Kalisyndikats und einer einstimmigen Befürwortung der Kaliprüfungsstelle. Jetzt hat auch der Reichsrat diesen Beschluß genehmigt und damit eine Änderung der „Durchführungsvorschriften zum Kaliwirtschaftsgesetz“ vorgenommen.

Der Zweck des Antrages des Kalisyndikats sowie der Beschlüsse der betreffenden gesetzgebenden Körperschaften ist der, daß einmal das „Einschätzungsfiel“ von den Werken gebannt und andererseits unnötige Geldausgaben vermieden werden.

Im § 79 der „Durchführungsvorschriften zum Kaliwirtschaftsgesetz“ ist vorgesehen, daß bei einer Einschätzung nicht nur die Beschaffenheit der erschlossenen Kalibohlsalze, sondern auch die Leistungsfähigkeit der Betriebseinrichtungen zu berücksichtigen ist. Praktisch wurde es auf den Werken so gehandhabt, daß man schon lange vor der Einschätzung große Mittel zu Neuausschläffen unter Lage und Neuausschaffungen über Lage bereitgestellt hatte. Hierbei wollte immer ein Werk das andere übertreffen. War die Einschätzung vorüber, blieb gewöhnlich alles beim alten, weil eben alle Werke nichts unversucht gelassen hatten, um eine höhere Quote zu bekommen. Diese Maßnahmen haben dazu geführt, daß unnötige Aufschlußarbeiten verrichtet wurden und die Produktionskapazität der Anlagen über Lage gar nicht ausgenutzt werden konnte. Durch das Hinausschieben des Zeitpunktes der Neueinschätzung werden unnötige Geldausgaben vermieden, die von Sachverständigen mit mehr als 100 Millionen Mark angegeben werden.

Da sämtliche Konzernleitungen einschließlich der Preußag seinerzeit erklärten, an einer Neueinschätzung kein Interesse zu haben, hatten die Vertreter der Arbeitnehmer im Reichskalirat keine Ursache, einen anderen Standpunkt einzunehmen. wh.

Papier-Industrie

Wer wünscht kommunistische Putsche?

Diese Frage darf man wahrscheinlich ohne Übertreibung dahin beantworten: Jener Teil des deutschen Unternehmertums, der für die politische und wirtschaftliche Diktatur in der deutschen Republik schwärmt und deshalb den Putschbestrebungen der K.P.D. wohlwollend gegenübersteht und die Putschbestrebungen der Nationalsozialisten mit Kapital unterstützt.

In dieser Auffassung muß man kommen, wenn man den von der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie herausgegebenen Sonderdruck aus „Ruhr und Rhein“, Heft Nr. 51 vom 19. Dezember 1930, und besonders den darin enthaltenen Artikel „Die Gefahren des wirtschaftlichen Defizitismus“ liest.

In diesem Artikel setzt sich ein anonym verfaßter, der seinen Namen vorsichtshalber verschweigt, mit dem Urteil des Enquete-Ausschusses über die deutsche Schwerindustrie auseinander. Die Artikel im Sonderdruck wenden sich nicht nur gegen die vom Enquete-Ausschuß getroffene Feststellung, daß in der deutschen eisenerzeugenden Industrie durch sinnlose

strierung eingetreten sei, die auf das notwendige wirtschaftliche Maß zurückgeführt werden müsse, sondern der Verfasser des erwähnten Artikels versucht im Gegenteil nachzuweisen, daß die deutsche Wirtschaft nur durch weitere Produktionssteigerungen, verbunden mit gleichzeitigen Lohnsenkungen, gerettet werden könne. Als Beweis für diese Theorie versucht er, die Wirtschaftslage und die staatlichen Maßnahmen in Frankreich, Rußland und Italien ins Feld zu führen.

Frankreich.

Der Verfasser behauptet, daß die französische Regierung bemüht sei, der Eisenindustrie einen Inlandmarkt zu schaffen, nicht durch forcierte Lohnerhöhungen, sondern durch Ausbau weiterer Produktionsindustrien. Die französische Wirtschaft blühe nur deshalb, weil sie das Bild einer allgemein freiwilligen Bereitwilligkeit, den Konsum, den persönlichen Verbrauch zu beschränken, um auf dem Sparwege in den Besitz einer Kapitalsumme zu kommen, bilde. Durch die politischen Beschränkungen, die sich die französischen Banken im Kapitalexport auferlegen, werde ebenso zu einer Verbilligung des inländischen Zinsfußes beigetragen, wie durch die Politik der Einfuhrbeschränkungen.

Wir sind sicher, daß der Schreiber dieses Artikels, wenn er 1914 die Schulhosen schon ausgezogen hatte, ebenso zu den Kriegspropagandisten gehörte, die halb Frankreich annektieren wollten und dieses mit der Notwendigkeit des Besitzes des Eisenbeckens von Longwy für die deutsche Schwerindustrie begründeten, wie er ebenso sicher heute zu jenen Leuten gehört, die sich gegen die durch den verunglückten Krieg Deutschland auferlegten Reparationen wenden und für Hitlersche Methoden schwärmen. Wäre dieses nicht der Fall, so müßte diesem Herrn einleuchten, daß gerade mit Hilfe der Reparationsleistungen aus Deutschland die französische Wirtschaft in der Lage ist, ihre Industrien auszubauen, trotzdem noch Kapital zu sammeln und den Zinsfuß herabzusetzen, weil die in Form von Reparationen exportierten Kapitalsummen umsonst geliefert werden. So weit braucht natürlich ein Vertreter der deutschen Schwerindustrie nicht zu denken. Derselbe Herr braucht natürlich auch nicht zu wissen, daß die von ihm gerühmte Sparpolitik der Bevölkerung besonders bei der Arbeiter- und Angestelltenklasse keine freiwillige ist, sondern auf den mangelnden Ausbau der französischen Gewerkschaftsorganisationen zurückgeführt werden muß.

Rußland.

Wenn Väterchen Stalin und seine Parteiführer, die heute die Wirtschaftsführer in Rußland spielen, nicht selbst kapitalistisch verfaßt wären bis aufs Mark, sondern sich mit den übrigen Weltkapitalisten in den an der Arbeiterschaft vorgenommenen Raub teilen würden, dann wäre Rußland zweifellos das Paradies dieses Artikelschreibers. Daß die Herren der deutschen Schwerindustrie und mit ihnen viele andere der übrigen deutschen Industriezweige zwar nicht für Stalin selbst, aber für seine Ausbeutungsmethoden schwärmen, beweisen folgende Ausführungen:

„In der Ara Trozki, und teilweise auch in den Tagen Sinowjens, hat man mit dem Gedanken geliebäugelt, durch eine baldigst zu ensesselnde Weltrevolution mit Hilfe der dann entstehenden europäischen Arbeiterrepubliken den russischen Warenhunger zu stillen. Es ist, trotz aller moralischen, kulturellen und politischen Bedenken, eine gigantische Leistung, daß Joseph Stalin und seine Leute diesen Traumereien (die dem demokratischen Manifestum Westeuropas entlehnt waren) mit eiserner Gewalt die Parole entgegengesetzt haben: Ihr Rußen bekommt nicht ein Gramm Ware, das ihr nicht selbst erarbeitet habt. Ihr sagt, ihr habt keine Maschinen. Dann baut sie aus den Mitteln, die sich aus einer Konsumbeschränkung ergeben. In Rußland müssen sich, trotz der agrarischen Möglichkeiten des Landes, die Städte mit buchstäblich trockenem Brot begnügen, damit Stalin seine Traktorenwerke, seine Naphtha-Förderstätten, seine Eisen- und Stahlfabriken bauen kann.“

Kann man sich mit Stalin schon persönlich nicht befreunden, weil er ein Gegner des internationalen Raubkapitalismus ist, so huldigt man aus politischen Gründen wenigstens seinen Ausbeutungsmethoden. Der Zweck heiligt die Mittel. Infolgedessen findet diese Sorte von Industriellen auch Entschuldigungsgründe, weshalb Stalin diesen Mund- und Kräfteraub an der russischen Arbeiterklasse betreibt. Hören wir weiter:

„Es wäre ein sehr viel leichteres Regieren für Stalin, wenn er den Bauern sich satt essen ließe und ihm billige Industriewaren aus der Stadt lieferte. Es wäre, wenn man an der Fiktion der Arbeiterregierung festhalten will, ein kinderleichtes Unterfangen, durch hohe Löhne, weitgehende Sozialzuschüsse und verbilligte Lebensmittel den städtischen Arbeitern vorübergehend einmal die Lebenshaltung zu gönnen, die dem westeuropäischen Arbeiter zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Nichts von alledem steht im Fünfjahresplan. In allen Stellen kehren dort die erzkapitalistischen Maximen wieder, die zur Zeit in Deutschland verpönt sind: Ertragssteigerung, Kostenherabsetzung und Reinvestierung.“

Frohlockend aber ruft der Verfasser in Befriedigung seiner kapitalistisch-sadistischen Gefühle aus: „In Rußland wird Kapital gebildet, indem Bauern und Arbeiter hungern.“ Auch in sozialer Hinsicht ist Rußland das Vorbild dieser deutschen Unternehmer. Hat Stalin es doch verstanden, die dem deutschen Unternehmertum so verhasste Arbeitslosenfürsorge zu beseitigen. Triumphierend ruft der Verfasser aus:

„Diese Regierung (die russische) macht eine gefährliche politische Krise durch, da die Versorgung der städtischen Massen ungenügend ist und nach offiziellen Angaben über eine Million Arbeitslose allein in den Großstädten herumlungert. Also sollte man denken, daß die Kaufkrafttheorie nun weitestgehend besorgt wird: daß man den Arbeitslohn hebt, die Urproduktion zugunsten des Konsumbedarfs droffelt, daß man aus dem Ausland Kredite und Waren hereinströmen läßt. Aber in Wirklichkeit streicht die russische Regierung die letzten Reste von Arbeitslosenunterstützung, um neue gigantische Produktionswerkstätten in der Hüttenindustrie zu schaffen, die weitestgehend rationalisiert sind, trotzdem das Ziel des Fünfjahresplanes mit den bestehenden Werken erfüllt werden kann.“

Nach diesen Schilderungen der russischen Wirtschaftsverhältnisse muß natürlich jedem Erzeaktionär auch in Deutschland das kapitalistische Herz im Leibe markeln. Und

da die deutsche Arbeiterschaft nicht gewillt ist, ein derartig grenzenloses Elend auf sich zu nehmen, ist man natürlich nicht nur Gegner der Gewerkschaften und der derzeitigen deutschen republikanischen Verfassung, sondern schwärmt folgerichtig sowohl für eine Monarchie Wilhelms II. als auch für eine Diktatur Hitlers, ganz gleich auf welchem Wege die Arbeiterschaft wieder gebändigt werden kann. Nur aus diesen Gefühlen heraus ist die kapitalistische Hochachtung und das Lob für Stalin, den russischen Ausbeuter, durch die deutschen kapitalistischen Henkersknechte zu verstehen.

Italien.

Als kleineres Übel würde diese Sorte kapitalistischer Ausbeuter sich im Notfall natürlich auch mit einer Diktatur nach dem Rezept Mussolinis begnügen, das politisch bestimmt genau so brutal ist wie das russische, wirtschaftlich aber noch nicht in der Lage war, Stalin den Rang abzulaufen. Deshalb sagt der Verfasser, daß zu den Grundzügen der faschistischen Wirtschaftspolitik gehöre, das Land aus der Rohstoffknechtschaft zu erlösen, und daß man sich deshalb zur Aufgabe gemacht habe, die heimischen Wasserkrafts zur Schaffung der inländischen Energieversorgung zu mobilisieren, wodurch es gelungen sei, den Einfuhrbedarf Italiens von 22 auf 12 Millionen Tonnen Kohle herabzudrücken. Erfreut ruft deshalb der Verfasser aus:

„Diese Politik der Produktionsförderung ging Hand in Hand mit einer 20prozentigen Herabsetzung der an sich bereits niedrigen Arbeitslöhne. Man hat also auch in Italien nicht den Denkfehler begangen, auf Kosten der Betriebe den Inlandsmarkt durch Lohnherabsetzungen künstlich zu erweitern, sondern wie in Rußland und in Frankreich gehen Produktionsaufbau und Einschränkung der Lebenshaltung Hand in Hand.“

Die Verschwendungssucht der deutschen Arbeiter.

Nach diesem Lob der hochchemischen und faschistischen Ausbeutungsmethoden an der Arbeiterschaft ist es kein Wunder, wenn dieses Leiborgan der Schwerindustrie zu folgenden Schlussfolgerungen kommt:

„Es handelt sich nicht darum, Frankreich, Rußland oder Italien nachzuahmen, es fragt sich vielmehr, ob wir uns auch wirtschaftlich gegenüber diesen Ländern behaupten wollen. Zwar nicht die deutschen Erwerbslosen, aber die in Beschäftigung stehenden Industriearbeiter führen in Deutschland ein Leben, das weit über der Lebenshaltung der Länder unseres Kontinents steht.“

Die letzte Behauptung ist natürlich kühn erfunden und bezieht sich mindestens nicht auf die skandinavischen Staaten, auf England, Holland und die Schweiz.

Gewerkschaften nach Unternehmermuster.

Nach dieser Blütenlese kapitalistischer Geistesfindung braucht man sich nicht zu wundern, daß diese Sorte Unternehmer ihren größten Feind in den freien deutschen Gewerkschaften erblickt, die es bis heute trotz aller Begeisterung aus dem Lager der Unternehmer der Volkswirtschaften und Faschisten verstanden haben, die Rechte der Arbeiterschaft nicht nur zu wahren, sondern zu vermehren und ihnen im Kampfe um ihre Lebenshaltung wertvolle Dienste zu leisten. Deshalb schwärmen diese Unternehmer auch für Gewerkschaften nach russischem oder italienischem Format. Wörtlich heißt es zu dieser Frage:

„In Italien ist das soziale Problem allein ein Problem der Erhöhung des nationalen Reichtums und der nationalen Produktion, nicht der Verteilung der Produktion.“
Daher hat das italienische Wirtschaftsrecht keinen Raum für die Gewerkschaften alten Stils, die die Anpassung der Produktion im Interesse des Arbeiterkonsums als ihre Hauptaufgabe betrachten. Es ist — wie in Rußland des roten Betriebsleiters — jede Einmischung der Belegschaft in die Betriebsführung verboten. Dafür wird in der Carta del Lavoro, der italienischen Arbeitsverfassung, die Arbeit in allen ihren intellektuellen, technischen und manuellen Formen als soziale Pflicht hingestellt.“

Schlussfolgerungen.

Nun wissen wir, wohin die Reise nach dem Willen der deutschen Schwerindustrie und vieler maßgebenden Herren in Arbeitgeberverbänden mit Hilfe von kommunistischem und nationalsozialistischem Klamauk gehen soll. Die deutsche Arbeiterschaft müßte wirklich dem Sozialismus der brünnen Kerle halbigen, würde sie diese Fahrt noch dadurch begünstigen, daß sie den Parolen der Kommunisten und Nationalsozialisten Gefolgschaft leistet. Nicht nur Not und Elend, nicht nur die Ausübung der politischen Diktatur — unter Umständen durch einen verrückt gewordenen Ausländer —, sondern auch die Diktatur der Kapitalisten über die deutsche Arbeiterklasse würde die Folge sein. Deshalb lehnt es die deutsche Arbeiterschaft und insbesondere auch die organisierte deutsche Papierarbeiterschaft ab, die gewerkschaftlichen Indamernanzen der KPD im ganzen Reiche mitzumachen, die diese in den letzten Wochen sowohl im Kohlenbergbau des Ruhrgebiets als auch in einigen Betrieben der Papierindustrie in Mittelfrankland zur Ausführung gebracht haben. Die organisierte deutsche Arbeiterschaft hat keine Lust, den kapitalistischen Henkersknechten und Hitler die Möglichkeit zu einem Waffengang zu geben, um den wirtschaftlichen und politischen Aufstieg des Ausbeutertums zu erleichtern. Trotz Not und Elend in der jetzigen Lohnbauphase folgen deshalb die gewerkschaftlich und politisch geschulten Arbeiter nicht den Parolen politischer und wirtschaftlicher Trottel, sondern der Führung ihrer Gewerkschaftsorganisation.

Die Papierarbeiter rüsten.

Die Entscheidung in der Lohnbewegung der mitteldeutschen Papierindustrie ist gefallen. Nicht in allen Punkten und nur zu einem kleinen Teil konnten die Unternehmer ihre Forderung durchsetzen. Aber immerhin, die ohnehin schlecht gelohnten Papierarbeiter müssen wieder neue Opfer bringen. Mit der Entscheidung, die vor dem Schlichter gefallen ist, ist aber der Kampf noch keineswegs zu Ende. Die Unternehmer sind mit dem Abbau der Löhne um 4 und 5 Pfennig die Stunde noch lange nicht zufrieden. Sie sind jetzt dabei, in den Betrieben die Akkorde, Prämien und sonstige von den Arbeitern durch jahrelange Tätigkeit erworbene Rechte auf ein Minimum zurückzuführen. Die Auseinandersetzungen darüber mit den Betriebsräten und der Organisation haben bereits begonnen. Schließlich ist die jetzige Lohn-

regelung in der mitteldeutschen Papierindustrie nur auf wenige Monate, bis zum Juni 1931, getroffen. Die Unternehmer glauben dann wieder einen neuen, vielleicht noch unverschämteren Lohnabbau durchführen zu können. Die Papierarbeiter haben jetzt also alle Ursache, in den nächsten Wochen und Monaten alles einzusetzen und zu rüsten.

Die Zahlstelle Merseburg des Verbandes der Fabrikarbeiter hatte, um zu all diesen Fragen der Lohnbewegung Stellung zu nehmen, die Belegschaften der Papierfabrik in Merseburg und Weissenfels zu zwei großen Versammlungen aufgerufen. Die Versammlung der Papierarbeiter in Merseburg war glänzend. Seit vielen Jahren wieder einmal eine stark besuchte Versammlung.

Herr Robert Dietrich, der Besitzer der Papierfabrik, hat dies durch sein Draufgängertum zustande gebracht. Man hatte den Leuten nicht nur 4 Pfennig, sondern gleich bis zu 14 Pfennig Stundenlohn abgezogen, den Frauen wurde der Lohn teilweise bis zu 8 Pfennig die Stunde gekürzt. Die Arbeitskollegen und -kolleginnen wissen nun, was die Uhr geschlagen hat. Die Versammlung nahm dann auch einen prächtigen Verlauf. Die Ausführungen der Koll. Schneider (Erfurt) und Fischer (Merseburg) wurden mit großem Beifall aufgenommen. Die Diskussion zeigte, daß die Kollegen begriffen haben, was hier geschehen muß. Bis zum kommenden Juni muß die Organisationsfront stehen.

Die Kommunistische Partei und ihre KPD hatten natürlich auch ihre Mannen aufgerufen; bei dieser Gelegenheit mußte man doch dem Fabrikarbeiterverband eins auswaschen. Während der Versammlung erschien Herr Babucke, der kommunistische Parteisekretär, mit einem Adjutanten und wollte uns, wie er meinte, „Bescheid“ sagen. Die Versammlung hatte aber keine Lust und auch gar keine Zeit, sich jetzt zu streiten und wieder auseinanderzupringen zu lassen. In höflicher, aber bestimmter Form wurde deshalb den Herren bedeutet, sich die Versammlung von draußen anzusehen. Schneller als drin, war Babucke wieder draußen. Der Erfolg konnte nun nicht mehr ausbleiben. Fast alle anwesenden nichtorganisierten Kolleginnen und Kollegen trafen dem Verbands bei. Das ist recht so, nun heißt es weiter vorwärtsstoßen und weiterrüsten — der 31. Juni liegt nicht allzu fern. Herr Dietrich soll uns bereit finden. Die Arbeiterschaft will von Herrn Dietrichs Werkverein nichts mehr wissen, und auch den kommunistischen Drahtziehern hat sie den Laufpaß gegeben.

Auch in Weissenfels sind wir ein Stück vorwärtsgekommen. Der KPD-Mann Kudrisch, der als Mitglied der Weissenfeler Ortsverwaltung aufgesordert war, an der Versammlung teilzunehmen, um sich vor den Weissenfeler Papierarbeitern zu rechtfertigen, mußte sich dort manches sagen lassen. Nicht eine einzige Stimme erhob sich für ihn. Auch die Weissenfeler Papierarbeiter sind dabei, sich von diesen Schwadronneuren freizumachen. Gegen zwei Stimmen wurde die Entscheidung der Verbandsfunktionäre gutgeheißen. Auch diese Versammlung fand ihren Anklang in der Willenskundgebung: Bis zum 31. Juni zu rüsten und sich von den Fesseln des Werkvereins und dem Irrglauben der KPD freizumachen. Der Wille ist der Weg zur Tat. S. F.

Kommunisten banen Tarifverträge.

III.

Nach § 20 des Entwurfs sollen die unter 18 Jahre alten Arbeitnehmer nach Ablauf eines Dienstjahres drei Wochen und die über 18 Jahre alten Arbeitnehmer vier Wochen Urlaub erhalten. Der Urlaub soll nicht auf den Betrieb, sondern auf die Tätigkeit in der Papiererzeugungsindustrie abgestellt sein. Auch diese Forderungen wurden von der Papierarbeiterschaft im Laufe der Jahre wiederholt erhoben. Es soll der durchschnittliche Effektiv-Stundenverdienst der letzten sechs Wochen bei der Bezahlung des Urlaubs zugrundegelegt werden. Auch diese Forderung ist außerordentlich leichtsinzig aufgestellt. Sie würde den Arbeitern in den Betrieben, in denen nun schon seit Monaten und Jahren verkürzt gearbeitet wird, eine wesentliche Verschlechterung gegenüber den jetzigen Ansprüchen nach dem GHD bringen. Selbstverständlich liegt die Auswahl der Urlaubszeit im freien Ermessen des Arbeiters. Nachdem sich diese Forderung nicht nur in Rußland, sondern auch in sämtlichen kommunistischen Betrieben Deutschlands durchgesetzt hat, dürfte es der KPD nicht allzu schwer fallen, eine solche Vereinbarung auch mit den Privatarbeitgebern zu treffen. Da der Lohn für den Urlaub im voraus gezahlt werden muß, dürfte mancher Prolet nach Beendigung des Urlaubs allerdings am Hungertuche nagen müssen. Da derartige Gefühle aber zur Vorbereitung der Weltrevolution beitragen sollen, erscheint die Forderung verständlich. Neben dieser revolutionären Forderung erscheinen die Forderungen der Papierarbeiter auf Bezahlung von Sondervergütungen für die Urlaubszeit allerdings recht reformistisch.

Wir haben es für einen Verrat an den Lehrlingen, daß nach § 21 des Entwurfs der Lehrvertrag zwischen Betriebsleitung und Arbeiterrat geregelt werden soll. Immerhin steht der Entwurf aber noch vor, daß die Betriebsvertretung während der zugelassenen Lehrzeit von drei Jahren allein darüber entscheidet, welche Arbeiter der Lehrling zu verrichten hat. Die reformistische Forderung, daß die durch Besuch der Fortbildungsschule verkürzten Arbeitsstunden zu bezahlen sind, wurde mit aufgenommen.

Der § 22 regelt entsprechend § 7 GHD die Abstellung der Betriebe an Sonn- und Feiertagen. Die aufgestellten Forderungen sind wirklich unserem Verträge entgegennehmend; sie haben nur den Nachteil, daß im Gegensatz zum GHD in ihnen nicht festgelegt wird, welche Arbeiten als Instandsetzungs- und welche als Reparaturarbeiten anzusehen sind. Da die Arbeitgeber geneigt sind, auch die Instandsetzungsarbeiten als Reparaturarbeiten zu betrachten, und der kommunistische Entwurf die Reparaturarbeiten als Sonntagsarbeit nicht verbietet, so ist der Überstandenschieberei am Sonntag Tür und Tor geöffnet. Wahrscheinlich wollte man aber auch hier dem Verlangen des revolutionären nach Überstunden schreienden Proletariats Rechnung tragen.

Im § 23 verlangt der Entwurf, daß günstigere Bedingungen nicht verschlechtert werden dürfen. Eine wirklich revolutionäre Tafel stellt die Forderung des § 24 dar, wonach die Betriebsvertretung alle Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis und aus dem Verträge zu regeln hat. Bei einer solchen Nachbegriffung der Betriebsvertretung könnte man die Entscheidung von Streitigkeiten nicht gut vorstellen. Da ist es doch viel einfacher, der Arbeiter bringt seine Wünsche der Betriebsvertretung vor und diese hat sie zu erfüllen. Erfolgt die Betriebsvertretung diese Wünsche nicht, dann besteht doch immerhin die Möglichkeit, daß sie jederzeit von der kommunistischen Partei abgelöst werden kann. Furchtbar reformistisch steht dagegen wieder die Forderung des § 25 an, wonach Einsetzungen und Entlassungen von Arbeitskräften nur mit Zustimmung der Betriebsvertretung vorzunehmen sind.

Der Entwurf zu § 26 entspricht dem § 9 GHD. Wir hätten nicht geglaubt, daß sogar der Vertreter des revolutionären Proletariats es fertig bringt, eine Einschränkung des § 9 GHD zu fordern. Dasselbe gilt für § 27 des Entwurfs, nach dem der volle Lohn bei Krankheit bis zur Einsetzung des Krankengeldes und bei

Anfall während der Dauer der Krankheit abzüglich des Krankengeldes gezahlt werden soll. Also auch recht reformistische Forderungen.

Im § 28 des Entwurfs hat der Verfasser einfach die gefälligen Bestimmungen übernommen, die bei Geburtsfällen heute schon gelten. Anscheinend steht der gute Mann die Aufnahme bestehender gesetzlicher Bestimmungen für eine Selbsttat an, denn sonst wäre diese revolutionäre Forderung kaum in Fettdruck hervorgehoben worden. Daß wir nicht einsehen können, daß bereits bestehende Regelungen für die Gesamtarbeiterschaft noch in Einzelartikelnträge zu übernehmen sind, dürfte wahrscheinlich auf einen sozialfaschistischen Denkfehler zurückzuführen sein.

Auch beim § 29 des Vertrages war der Verfasser nicht fähig, eigene Gedanken zu entwickeln. Er hat einfach mit anderen Worten die bisherigen Bestimmungen des § 14 GHD übernommen.

§ 30 bestimmt, daß dieser von der KPD aufgestellte Vertrag vom Tage des Inkrafttretens an am 1. eines jeden Monats mit einer vierwöchigen Frist gekündigt werden kann. Diese Forderung erscheint auch uns, besonders jetzt während der tollsten internationalen Wirtschaftskrise, als vollkommen berechtigt, da sie wenigstens einem Teil der KPD-Funktionäre die Möglichkeit gibt, in den nächsten 10 Jahren mit den Unternehmern täglich über den neuen Vertrag zu verhandeln. Wenn dann keine Verständigung zustande kommt, dann besteht wenigstens die Aussicht, daß die Papierarbeiterschaft 10 Jahre lang um den neuen Vertrag streiken kann. Die Durchführung dieses Kampfes soll sichergestellt sein. Wie uns von eingeweihten KPD-Leuten mitgeteilt wird, hat die KPD zu diesem Zwecke bereits auf 10 Jahre mit sämtlichen kommunistischen Schlichtermeistern einen Vertrag auf unentgeltliche Lieferung von Wurstsuppe abgeschlossen, und man hofft dabei, daß sich einer derartigen internationalen Parteiloyalität auch die bürgerlichen Schlichtermeister nicht entziehen können, so daß also die Papierarbeiter wirklich die Möglichkeit haben, auf Grund dieser revolutionären kommunistischen Tafel die nächsten 10 Jahre im Feste zu schwimmen.

Kurz vor Drucklegung dieses Artikels teilte uns der Arbeitgeberverband in Charlottenburg mit, daß dieser Entwurf bereits am 3. Januar d. J. bei ihm eingegangen sei. Sein Vorstand habe beschlossen, diesen Entwurf ohne jede Veränderung anzunehmen. Leider könne er nicht in Kraft treten, da mittlerweile die nationalsozialistischen Gewerkschaften, der Stahlhelm und die gelben Werkvereine ebenfalls einen Entwurf eingereicht hätten, der den Vorzug habe, bedeutend kürzer zu sein und einfach bestimmter, daß die Macht in den Betrieben von den nationalen Gewerkschaften bedingungslos ausgeübt werde. Da große Teile des deutschen Unternehmens, vor allem in der Schwerindustrie, seit einiger Zeit mit Hysterie in Verhandlung stehen, habe sich auch der Arbeitgeberverband der deutschen Papiererzeugungsindustrie entschlossen, der Parole der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände zu folgen und infolgedessen die von den nationalen Gewerkschaften eingereichten Tarifverträge anzuerkennen.

Wenn die uns aus Halle zugegangenen Nachrichten richtig sind, hat der Verfasser des kommunistischen Entwurfs nach Eintreffen dieser Mitteilung einen Lobsuchtsanfall erhalten und hält seit dieser Zeit ununterbrochen parlamentarische Reden, trotzdem die KPD ihn als Reichstagsabgeordneten absetzte und bei der letzten Wahl nicht mehr aufstellte. Wir bedauern dieses außerordentlich, sprechen hiermit unser Beileid aus und gratulieren als höfliche Menschen gleichzeitig den Nationalsozialisten, Stahlhelmen und Gelben zu ihrem Siege auf der ganzen Linie.

G. Stähler.

Nahrungsmittel-Industrie

Deutschlands Ein- und Ausfuhr an Obst, Frischgemüse sowie Obst- und Gemüsekonserven.

Die deutschen Konervenindustrie klagt in diesem Jahre ganz besonders über die Konkurrenz des frischen Gemüses, das infolge der milden Witterung in diesem Winter in großem Umfange eingeführt wird. Namentlich über die Konkurrenz des holländischen Gemüses wird sehr geklagt. Da entsteht die Frage: Kann Deutschland seinen Bedarf an Gemüse selbst decken? Nachstehende Aufstellung zeigt, wie groß die Einfuhr an Obst- und Frischgemüse sowie an Obst- und Gemüsekonserven im Jahre 1913, 1929 und 1930 war.

Einfuhr von frischem Obst und Gemüse sowie Süssfrüchten:

Warengattung	1913			1929			1930		
	Menge in dz	Wert in 1000 Mk.	Menge in dz	Wert in 1000 Mk.	Menge in dz	Wert in 1000 Mk.	Menge in dz	Wert in 1000 Mk.	
G e m ü s e :									
Roskohl	157 375	396 714	322 644	3 357					
Weißkohl	41 145	196 571	98 926	693					
Wirsingkohl	43 366	187 072	169 292	2 095					
Blumenkohl	590 999	930 740	1 227 412	22 974					
Rosenkohl	24 131	44 560	63 064	1 731					
Melonen	—	10 162	7 644	301					
Rhabarber	7 830	5 488	2 403	44					
Spargel	8 358	17 144	14 606	1 247					
Tomaten	184 135	921 228	824 760	31 784					
Pilze	—	10 324	12 221	883					
Zwiebels	479 930	813 449	420 041	4 885					
Bohnen	813 749	284 651	131 967	4 429					
Erbsen	34 077	11 984	14 443	421					
Gurken, Kürbisse	183 562	754 426	687 379	15 799					
Meerrettich	479	185	69	4					
Karotten, Rohlraut	203 123	150 336	72 497	1 776					
Salat, Spinat	—	—	—	—					
Bräuseler Zichorie	239 633	282 255	373 491	17 193					
Petersilie, Stangen-sellerie	—	5 559	4 917	301					
Obst:	3 037 040	5 027 528	4 548 691	109 852					
Apfel	4 400 474	1 633 265	2 437 545	74 325					
Birnen, Quitten	334 137	606 344	353 831	9 034					
Pflaumen	33 160	215 316	204 496	9 662					
Zwischchen	94 101	45 600	92 236	2 795					
Aprikosen, Mirabelle, Krenkeloden	80 414	151 475	139 816	5 117					
Kirschen, Weisskirschen	82 873	61 052	43 360	2 766					
Erdbeeren	—	15 778	37 953	2 976					
Him-, Johannis-, Stachelbeeren	242 066	60 224	70 479	1 703					
Brom-, Heidel-, Preiselbeeren u. a.	—	148 856	93 035	3 207					
S ü s s f r ü c h t e :	5 322 165	2 937 990	3 453 743	111 635					
Bananen	450 503	1 021 639	1 184 657	51 991					
Apfelsinen, Zitrusfrüchte	1 452 728	2 384 946	3 518 976	103 614					
Zitronen	367 371	623 925	724 494	20 482					
Zedrafrüchte	—	—	—	—					
Mandeln n. m.	4 934	9 657	11 095	606					
Feygen, frisch oder getrocknet	—	105 783	117 228	4 384					
Ananas, frisch oder ohne Zucker eingekocht	30 794	83 772	77 759	6 439					
Gesamt	2 303 335	4 429 722	5 634 209	187 486					

Ans der Zusammenstellung ist ersichtlich, daß die Gesamteinfuhr an Gemüse, Obst und Süßfrüchten im Jahre 1930 rund 13,7 Millionen Doppelzentner betrug gegen rund 12,4

Millionen Doppelzentner im Jahre 1929. Es ist also im letzten Jahre bei diesen drei Posten eine wesentliche Steigerung bei der Einfuhr zu verzeichnen.

Die Obst- und Gemüsekonservenindustrie im Jahre 1929. Es ist also im letzten Jahre bei diesen drei Posten eine wesentliche Steigerung bei der Einfuhr zu verzeichnen.

Table with columns: Warengattung, Wert in 1000 M., 1929, 1913. Lists various food products like Champignons, Pilze, Tomaten, etc.

Die Einfuhr von Konserven ist also im letzten Jahre wesentlich zurückgegangen. Sie betrug 1929 946 545 Doppelzentner und 1930 nur 666 086 Doppelzentner.

Nun klagt aber die Konservenindustrie auch über mangelhafte Ausfuhr. Wie sieht es damit aus? Die Ausfuhr von Frischgemüse kommt für Deutschland kaum in Frage.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Die Frischgemüse-einfuhr war im Jahre 1930 erheblich niedriger als 1929. Die Einfuhr an Konserven war ebenfalls bedeutend niedriger als im Vorjahre.

Gerade die Konservenfabrikanten sind am wenigsten konsequent. In wirtschaftlichen Betrachtungen, nach dem Ziehen von Jahresbilanzen usw. klagen die leitenden Köpfe der Konservenindustrie über mangelnde Kaufkraft.

Die Betriebsräte

sind das Rückgrat unserer Organisation in den Betrieben. Kein Betriebsrat kann sein Amt wirklich zum Besten der von ihm vertretenen Arbeiterschaft verwahren.

müssen

die Betriebsräte ihre schwierige und verantwortungsvolle Arbeit leisten. Ohne diese Verbindung sind sie machtlos dem wirtschaftlich stärkeren Unternehmer gegenüber.

gute Gewerkschafter

in die Betriebsräte gewählt werden. R.O.D.-Leute, die die Einheit der freien Gewerkschaften zertrümmern, Nationalsozialisten, Stahlhelmer, Gelbe und Unorganisierte dürfen nicht Mitglieder der Betriebsvertretungen sein.

sein.

Verschiedene Industrien

Die Spielwarenindustrie vor dem Enquete-Ausschuß.

Aber den Gesamtwert der deutschen Spielwarenproduktion liegen nur Schätzungen vor. Für die Zeit vor dem Kriege wurde die Ausführquote von den Sachverständigen auf 75 Prozent angegeben.

Nach Aussagen der Sachverständigen wurde für 1927 der Ausfuhranteil zwischen 55 und 60 Prozent festgestellt. Aber die Schätzung des Produktionswertes in der Spielwarenindustrie nach 1927 gibt nachstehende Tabelle Auskunft:

Table with columns: Produktionsgruppe, Zahl der erfh. Betriebsgruppen, Durchschn. Umsatz pro Arbeiter in 1000 M., Zahl der Beschäftigten in der betr. Prod.-Gruppe, Beschäft. Produktionswert der Prod.-Gruppe in Mill. M.

Es ergibt sich nach vorstehender Tabelle somit für 1927 ein Produktionswert für die Gesamtspielwarenindustrie von etwas über 200 Millionen Mark. Die Schätzungen können als richtig hingenommen werden.

Table with columns: Produktionsgruppen, Ausfuhrquote nach Angabe der Sachverständigen, Ausfuhr in Millionen M.

Vor dem Kriege stand Deutschland mit einem Anteil von über 50 Prozent des Wertes der Weltproduktion weitaus an der Spitze der Spielwarenproduzenten-Länder.

Im Welthandel hat Deutschland seine führende Stellung wahren können. Immerhin ist der Anteil der deutschen Ausfuhr an der Gesamtausfuhr der Hauptproduktionsländer von fast 80 Prozent auf rund 60 Prozent gesunken.

Die Spielwarenproduktionsbezirke in Deutschland sind vom Enquete-Ausschuß nach der Herstellung ihrer Erzeugnisse untersucht worden. Es wurde festgestellt, daß im Bezirk Nürnberg-Fürth hergestellt werden: Spielwaren, und zwar mechanische, nichtmechanische und optische Spielwaren.

Im Bezirk Thüringen werden hergestellt: Puppen aller Art und Qualitäten, Holzspielwaren, insbesondere Puppenstuben, Pferdewagen, Schaukelpferde usw.

Der Bezirk Erzgebirge stellt in kleinem Umfange Blechspielwaren her. Es kommen in Frage: Kinderhochstühle, Blechhausrat, Kindergiebkannen, Sandformen, Spieleimer, Trommeln und dergl.

Der Spielwarenbezirk Württemberg stellt hochwertige Metallspielwaren her, dazu Puppen aus Stoff, außerdem Holzspielwaren in geringem Umfange.

Als jüngster Bezirk in der Spielwarenproduktion kommt Berlin in Frage. Es werden da hergestellt: Metallspielwaren verschiedener Art, Puppen und Puppenartikel aller Art, Holzspielwaren aller Art, Pelz- und Stofftiere ähnlich wie in Thüringen.

Table with columns: Produktionsgebiet, Zahl der gemittelten Niederlassungen, Zahl der beschäftigten Personen, Zunahme d. Beschäft. seit 1925 gegen 1927 in %.

Literarisches.

Der 'Büchereis', Monatsheft für die Arbeiterbewegung, herausgegeben von Karl Schröder, 7. Jahrgang, 1931, Heft 1, Sonderheft 'Film und Kunst'.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Der genepte Fabrikherr

oder: Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen.

Eine Faschings-Humoreske von Ernst Frisch.

Am Fuße des Berges, der mit prächtigen alten Kiefern besetzt ist, liegt die Fabrik.

Aus kleinen Anfängen heraus hat sich der Unternehmer in die Höhe gearbeitet, wie es immer so schön heißt, und man vergißt dabei gewöhnlich, daß solche Fabriken und Werke nur vom Mehrwert, den der Arbeiter schafft und nicht erhält, sich so imponanter Größe entwickeln konnten. Die Fabrik florierte. Jahr um Jahr konnte der Fabrikherr Verbesserungsarbeiten vornehmen. Und die Gemeinde entwickelte sich kräftig durch Zugang neuer Arbeiter für die immer größer werdende Fabrik. Es war deshalb nicht verwunderlich, daß auch die sozialistische Arbeiterbewegung in diesem Orte festen Fuß faßte und Arbeiterorganisationen entstanden. Letzter war es in jener Zeit hier wie überall. Nirgendwo konnten die Arbeitervereine heimlich werden. Hatten sie ein Unterkommen gefunden, so dauerte es gewöhnlich nicht lange, daß ihnen der Wirt ankündigte: er könne sie nicht länger beherbergen, da der gegen ihn eingesezte, Sophist ihn sonst ruinieren würde.

Was lag näher, als daß man sich in der mehr und mehr erarkenden Arbeiterbewegung mit dem Gedanken trug, sich selbst ein Heim zu schaffen. Was mußte allerdings noch auf viele Jahre eine Utopie bleiben.

Aber gerade dieser Gedanke war es, der den Fabrikherrn, der wegen seines Scharfsinns besonders verhasst war, dem allgemeinen Gelächter ausliefern sollte.

Es war damals noch Brand, hin und wieder den Montag blanzmachen. Besonders am Faschings-Montag gab es immer einige, die sich von der Arbeit fernhielten, um am lustigen Faschingsstreiben teilzunehmen. Schon lange zuvor hatte man einen Plan ausgeheckt, dem Fabrikanten eins anzudrehen.

Also kamen am Faschings-Montag in den ersten Nachmittagsstunden eine Anzahl maskierter Männer mit allerlei Arbeitsgeräten, Hacken, Schaufeln, Spaten, Meißeln usw., auf den großen freien Platz vor der Fabrik angesetzt. Dieser große freie Platz war dazu bestimmt, einmal der Mittelpunkt des ganzen Ortes zu werden. Also für das Vorhaben der Masken der geeignete Platz. Hier angekommen, begannen dieselben, nach einer Zeichnung zu messen, zu richten, abzustecken usw. Kurz, sie machten alle vorbereitenden Arbeiten zu einem großen Neubau.

Die Masken vertrieben sich so die Zeit und fanden in der Belegschaft der Fabrik, die alle Fenster besetzt hielt, dankbare Zuschauer. Auch der Fabrikherr, der das tolle Treiben vor der Fabrik als eine ihm zugedachte Ehre ansah, da er meinte, das Ganze ziele auf seine besondere Banlist hin, sah schmunzelnd zu.

Durch einige Andeutungen der Masken mußte auch die Meinung entstehen, daß dieses Faschingsstreiben eine Huldigung für den Fabrikanten sein sollte und daß man hoffte, er würde sich dafür besonders erkenntlich zeigen.

Nachdem die Dämmerung eingetreten war und die lustigen Spasmoder ihre Allokation eingestellt hatten, ging ein Abgeordneter der Masken in das Fabrikantentor, um dem Herrn die Akten und Zeichnungen zum Neubau zu überreichen und um ein Geschenk für die Masken zu bitten.

Der Fabrikbesitzer war nicht kleinlich und schenkte reichlich. Für die Gabe sich bestens bedankend, verschwanden der Maskierte und seine Komplizen äußerst schnell in der nun herrschenden Dunkelheit. Sie schienen ein schlechtes Gewissen zu haben.

Kreuzig geworden durch die sachmännlich angeführten Vermessungsarbeiten und durch die augenscheinliche Größe des Projekts löste der Fabrikbesitzer die Hüllen der großen Rolle, die die Papiere enthielt. Endlich war er damit fertig und entsezt des Blickes lief er:

Akten und Pläne zum Neubau des Volks- und Gewerkschaftsbauzes.

Mit dem Einbruch des Abends ließ der Sturm nach und verebte gegen Mitternacht ganz. Statt dessen stieg langsam aus den nassen Wäsen der Nebel auf. Zuerst ein zarter, dünner Schleier, dann immer dichter und dichter werdend, bis zuletzt eine zähe, weiße, feuchte Masse alles bedeckte und in jede Öffnung dringend, gleich einem ekelhaften Gewürm hineinkroch. Vergebens wehrten sich die draußen auf dem spärlich erleuchteten Fabrihof arbeitenden Männer dagegen; überall schlug ihnen der Nebel entgegen, verhinderte jede Sicht, drang in die Kehlen und reizte die Lungen. Besonders August Müller mit seinem Asthma hatte darunter zu leiden. Stoßweise keuchend ging der Atem, die Brust drohte zu zerplatzen, und nur mit Mühe schob er die schweren Kalkoren zum Fahrstuhl, um dann, halb ohnmächtig vor Erschöpfung, an den warmen Mauern des Kesselhauses etwas Erholung zu suchen. So fand ihn und rief ihm dringend, sich Erholung zu melden. Ein Kopfschütteln war die Antwort, und unter Frost- und Fieber-schauern wandte er sich von mir ab und ging an seine schwere Arbeit.

Entsetzlich langsam schlichen in dieser Nacht die Stunden dahin. Während draußen die Kälte und der Nebel zunahmen, steigerte sich hier drinnen Dunst und Hitze bis zur unerträglichkeit. Immer wieder suchten Zugende von brennenden, müden Augenpaaren den Uhrzeiger. Endlich neigten sich auch die zwölf Stunden ihrem Ende zu, als plötzlich der schrille Pfiff der Sirene durch die Räume hallte und alles aufhorchen ließ. — „Nanu, was ist denn los? — Eine halbe Stunde vor Schichtwechsel ist ja noch niemals gepfiffen worden“, sagte jemand hinter mir. Ich horchte, aber das Geländer bebte, gepannt hinunter. Kurz darauf erfuhren wir, daß jemand tot zusammengebrochen sei.

Der Tote war August Müller. Der stickigen, dießigen Luft da draußen war er nicht mehr gewachsen gemessen, und so hatte der Tod ihn mit harter Hand aus dem Leben gerissen. In dem großen Maschinenraum lag der tote Körper auf einer Bahre; neben ihm



wucherten im gleichmäßigen Rhythmus, der den Erdboden leise erzittern ließ, die schweren Balancierpumpen; um ihn herum standen mit anfrichtiger Trauer in den Augen seine Kollegen. Das leise Klirren brach sich ab, als sich plötzlich die große, breite Gestalt eines Zuckerhockers erhob und erst mit leiser, zaghafter Stimme, dann immer lauter und klarer werdend, bis seine Worte, ohne dabei zu schreien, die Maschinen überdrönten, dem Toten die Leichenrede hielt. Gebannt starrten wir alle nach dem Sprecher, dessen nackte, muskulöse Brust sich aus dem schmutzigen, offenen Hemde hervorhob; aus dessen bleichem Gesicht die Augen wie im Fieber leuchteten, nach uns schauten und uns zwangen, seinen Worten zu folgen, die unser Innerstes anpackten und es dort aufrißen, wo die Verunft aufhörte und der Glaube beginnt. Fürwahr eine zusammengewarfene Gesellschaft war es, die dort, nachdem der Zuckerhocker geendet hatte, mit entblößten Häuptern und in sich gekehrten Blicken stand. Der Stolz neben dem Lutherischen und Freidenker, der Heffe neben dem Ecksfelder und Sachsen, sie alle, die einander fremd waren und blieben, sie alle wurden eins in dem Gedanken des toten Arbeitsbruders.

Was in keiner Kirche und Kapelle und selten von einem Pfarrer erreicht wurde, hier in dieser Stunde, unter dem Rhythmus der Maschinen, wurde es erreicht. Der Bruder gab dem Bruder die Hand und gedachte des Toten, der viel erlebt und gelitten und dabei niemals den Menschen in sich und den anderen vergessen hatte. Und indem wir eins waren mit dem toten Menschen dort, wurden wir eins in dem Glauben an den Menschen, hier und dort, in uns selbst und überall.

Lampenfieber.

Humoreske von Ernst Hallenfein.

Da gibt es nun Millionen Ärzte, Professoren, Sanitätsräte, und es soll sogar vorkommen, daß sie den Patienten in vielen Fällen helfen. Jede Woche werden neue Pillen und die dazugehörigen Sera entdeckt. Immer wieder hört man von neuen Erfindungen der Medizin und Chirurgie, neue Kapazitäten und Entdeckungen tauchen auf zum Heile der leidenden Menschheit, so daß man versucht wäre zu glauben, der Tod habe die Nacht über uns verloren. Leider scheint es nur so, denn gegen zwei Leiden ist unsere sonst so große Wissenschaft noch immer vollkommen machtlos: Distanzant — im Geldbeutel und das Lampenfieber. Erstere Leiden hat sich nach und nach zu einer Weltpestemie entwickelt, wogegen das Lampenfieber nur in Kreisen auftritt, die dafür besonders empfänglich sind — die Schauspieler.

Es muß wohl kaum eine Krankheit, die dem Zustand des vom Lampenfieber Befallenen gleichkäme, es sei denn die Geckkrankheit. In beiden Fällen bleibt einem die Sprache weg. Um sich auch nur einen bescheidenen Begriff des Seelenzustandes eines vom Lampenfieber Befallenen zu machen, vergleiche man sich in die wenig beweihräuterige Lage eines im Gehirge abgefürzten Menschen, der sich im Fall Krampfhafte an ein Aufschwerk klemmt und einige hundert Pfund über dem Kopf abgründet, dabei aber zu seinem Entsetzen merkt, wie sich der Tisch unzuverlässig aus der Gelenkpalette löst, und in dieser unbehaglichen Situation den bestrenklichen Wunsch hat, an seinem Stimmlich zu sitzen. — In jenem Moment erscheint einem des Himmels Empirer als Jubel-Ouvertüre und erwindeht.

Lampenfieber ist im Grunde nichts anderes als die wahrhaftige Angst vor dem „Streckenbleiben“. O da hochverehrtes Theaterpublikum, genaues Publikum, wenn da so eine arme Kreatur sich in Todesqualen winden sieht, lächle nicht, denn der da oben auf der Bühne führt tausend Tode in der Sekunde.

Es war im ersten Jahre meiner Theaterlaufbahn, als ich in Böhmisches-Ramnik (sowas gibt es), hoffnungsvoll die Brust geschwellt, in den Bahnhof einfuhr mit der festen Absicht, die Ramniker durch meine Kunst in Laumel zu versetzen. Ich stieg ab im Hotel „Zum schwarzen Rof“, nicht zu verwechseln mit dem Hotel „Adlon“, Berlin: Der Unterschied sprang mir sofort in die Augen. Was weniger sprang, war die Bedienung, von deren Vorhandensein ich mich erst ratenweise überzeugen konnte.

Stubenmädchen, Zimmer- und Zählkellner, Hausknecht und Pikholo konzentrierten sich alle in der allerdings sehr repräsentativen Person des Ober-Oberkellners. Sehr verabsäffend, quast aus Gefälligkeit und mit einer Miene, als wolle er sagen, ich bin eigentlich ein verzauberter Prinz, begleitete mich Jean auf mein Zimmer Nr. 13.

Ich bin nicht abergläubisch, aber ich konnte mit nicht helfen, diese Nummer erzeugte bei mir ein laises Frösteln, das mich nicht mehr verlassen wollte.

Ernüdet und überwältigt von den weltstädtischen Eindrücken, die mir Böhmisches-Ramnik bot, ging ich bald zu Bett. Aber schon nach den ersten fünf Minuten überkam mich fähbar die Überzeugung, daß ich nicht allein Herr der Lagerstätte war. Meine Körperwärme trieb die kleinen lieblichen Tierchen aus ihren Schlupfwinkeln hervorgelockt zu haben. Es blieb mir nichts anderes übrig, als mich die Nacht über mit dem Sofa zu begnügen, das für meine künstlerische Größe viel zu klein war, aber ich schließ wenigstens allein.

Am nächsten Morgen begab ich mich gleich zu meinem Talentpächter (sich: „Direktor“). Ich schien einen guten Eindruck auf ihn gemacht zu haben, denn er vertraute mir sofort eine wichtige Rolle an. Es war der Wortführer einer Deputation mit einer ziemlich langen Ansprache an den Minister. — Im Hotel angekommen, machte ich es mir bequem, verließ mein Zimmer, teils um nicht gefört zu werden, und andernteils, daß meine Kunst nicht vorzeitig in die Öffentlichkeit dränge; denn ich wollte das kunstfinnige Ramnik überrumpeln. Und nun ging ich an ein Memorieren der Rolle. „Erzellenz! Sie sind der Oberkörper unserer Stadtmaschine, mit sicherer Hand... Erzellenz! — Sm! — Erzellenz! Sie sind der Oberkörper — Sie sind der Oberkörper — Sm...“ Nein, so ging das nicht, mir fehlte die anzusprechende Person des Ministers, sonst komme ich in keine Stimmung. Da klopfte es an meine Tür, ich öffnete und siehe da, das gesamte Personal des Hotels „Zum schwarzen Rof“ drängte sich in der Gestalt des Herrn Oberkellners zur Tür herein. Jean brachte mir ein frisches Handtuch. Aber wie brachte er es. Wie ein König, der Reiche zu verteilen hätte. Da durchdachte mich eine geniale Idee! Sah Jean in seinem Frack und seiner hoheitsvollen Miene nicht aus wie ein Minister?

Mein Entschluß war gefaßt. „Lieber Herr Jean“, sagte ich, „würden Sie mir mal den Gefallen tun und sich einen Augenblick dort an jenen Tisch postieren? — So! — Nun schlagen Sie bitte leicht die Hände übereinander! — So! — brillant! Und nun ziehen Sie Ihre Augenbrauen recht hoch, sehen mich von oben herab an, als wenn Sie sagen wollten: „Sie irren sich wohl, mein Herr, das ist ein Knopf, aber kein Fünzigpfennigstück!“ — Großartig, ganz famos! — So bleiben Sie bitte! Sie müssen nämlich wissen, ich trete morgen am hiesigen Theater zum ersten Male auf. Ich spiele den Wortführer einer Deputation vor dem Minister, kann aber beim Studium der Rolle nicht in die richtige Stimmung kommen, wenn ich nicht die Gestalt des Ministers vor mir sehen habe, und den sollen Sie mir, lieber Herr Jean, sehr markieren.“ Jean stellte sich, scheinbar sehr geehrt durch die ihm so plötzlich zugefallene hohe Stellung, in die entsprechende Position, so daß ich wirklich glaubte, den Minister vor mir zu sehen. Nachdem ich Seiner Erzellenz das Handtuch aus der Hand genommen, verbogte ich mich tief und begann: „Erzellenz! Sie sind der Oberkörper unserer Stadtmaschine, und mit sicherer Hand...“ Da klingelte man draußen nach dem Oberkellner, und die „Erzellenz“, seine Würde verweisend, verschwand wie ein gealterter Blitz und ließ mich verzweifelt und völlig aus der Stimmung gerissen zurück.

Nach fünf Minuten kehrte er wieder und nahm bereitwillig seine frühere Position wieder ein. Ich begann nochmals: „Erzellenz! Sie sind der Oberkörper unserer Stadtmaschine usw. usw.“ Ich raspelte meine Rede, ohne auch nur einmal zu stocken, herunter. Es ging glänzend, desgleichen die erste Probe, die zugleich die letzte war. Mir konnte nichts passieren. Wo ich ging und stand, repetierte ich meine Rede.

Der Abend meines ersten Auftretens war da — aber mit ihm auch das Lampenfieber. Langsam, ganz langsam fühlte ich, wie es an mich herankroch. Ein Frösteln ging über meinen Körper, ein kalter Schweiß begann sich auf meiner heißen Stirn zu sammeln, die unzähligen Vorboten des Lampenfiebers — sie waren da. Mein Gehirn fing an zu kreieren wie ein Karussell. Meine Augen gingen nach innen, meine Kinnladen klappten wie im Fieber auf und zu.

Da fiel das Auftrettsstückwort. Ich wurde, ganz gegen meinen Willen, von den Mitgliedern der Deputation lieblos nach vorn gestoßen; ich stand auf der Bühne und verbeugte mich gegen das Publikum. Der Souffleur brüllte, ich hörte nichts. Ich fühlte nur das eine in meiner Todesangst: reden mußst du, ganz gleichgültig was, aber reden. Mein Hintermann, eine mitleidige Seele, soufflierte mir zu: „Erzellenz!“ — „Erzellenz!“ stotterte ich willenlos nach. „Sie sind“ — soufflierte er weiter, „Sie sind“ — da gab ich mir einen energischen Stoß und sagte: „Erzellenz! Sie sind der Oberkellner vom „Schwarzen Rof!“ — Heraus war es. Ich hörte nur noch ein Höllengelächter und sah den Vorhang über meiner Schande fallen.

Am nächsten Morgen hatte ich meine Kündigung. O dieses Lampenfieber! Seit dem Tage frequentierte ich nur noch Lokale mit Damenbedienung, denn der Anblick eines Kellners war mit ein Creuel.

Humoristische Ecke.

Was ist eine Eisenbahn?

„Eine Eisenbahn ist ein Unternehmen, gerichtet auf wiederholte Fortbewegung von Personen oder Sachen über nicht ganz unbedeutende Raumsstrecken auf metallener Grundlage, welche durch ihre Konstruktions-, Konstruktions- und Glätte den Transport großer Gewichtsmassen bzw. die Erzielung einer verhältnismäßig bedeutenden Schnelligkeit der Transportbewegung zu ermöglichen bestimmt ist und durch diese Eigenart in Verbindung mit den außerdem zur Erzeugung der Transportbewegung benutzten Naturkräften (Dampf, Elektrizität, tierischer, menschlicher Muskelkraft, bei geeigneter Bahn auch schon der eigenen Schwere der Transportgefäße und deren Ladung usw.) bei dem Betriebe des Unternehmens auf derselben eine verhältnismäßig gewaltige, je nach den Umständen nur in begrenzter Weise nützliche oder auch Menschenleben vernichtende und die menschliche Gesundheit verletzende Wirkung zu erzeugen fähig ist.“ (Entscheidungen des Reichsgerichts, Bd. I S. 252.)

Wenn Jungen berichten.

Zwei Jungen, Augenzeugen eines Unfalls, berichten: „Am Sonntagabend fiel in der Echnersstraße ein Mann von einem neuen Wagen des Kraftwerks. Er erlitt dabei einen Schlaganfall, denn er war ganz blaß. Zwei Samariter „öffnerten ihm die Brust“. Der Puls ging nur ganz schwach, dann wurde er weggeführt.“ (Eine humoristische Anekdote)